

Mittwoch, 7. Dezember 2022 Nachmittag

Vorsitz:	Standespräsident Tarzisius Caviezel
Protokollführer:	Patrick Barandun
Präsenz:	anwesend 117 Mitglieder entschuldigt: Natter, Rettich
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Standespräsident Caviezel: Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen, damit wir mit dem Nachmittag beginnen können? Ich möchte Ihnen zum Verlaufe des heutigen Nachmittages Folgendes bekanntgeben: Ich werde die Ratsdebatte bis 16.30 Uhr führen. Wir werden die Geschäfte, ein Geschäft um das andere, abarbeiten, bis 16.30 Uhr. Danach werde ich die Debatte unterbrechen und die beiden sehr verdienten Herren Regierungsräte verabschieden. Seien Sie bitte alle im Raum, wenn wir zu diesem ganz wichtigen Geschäft kommen. Ich danke Ihnen für Ihr Verständnis.

Gemäss Arbeitsplan beraten wir nun das Geschäft Verpflichtungskredit Entwässerungsstollen Brienz/Brienzauls. Die Kommission für Umwelt und Verkehr und Energie hat das Geschäft am 20. Oktober 2022 unter dem Präsidium von Grossrat Philipp Wilhelm beraten. Für die Beratung hier im Plenum wollen Sie bitte das Protokoll vom 20. Oktober 2022 zur Hand nehmen. Die Botschaft hierzu finden Sie im Heft Nr. 6/2022-2023. Die Regierung wird vertreten durch Regierungsrat Mario Cavigelli. Zur Eintretensdebatte erteile ich dem Kommissionspräsidenten, Grossrat Philipp Wilhelm, das Wort. Herr Grossrat, Sie können sprechen.

Verpflichtungskredit Entwässerungsstollen Brienz/Brienzauls (Botschaften Heft Nr. 6/2022-2023, S. 437)

Eintreten

Antrag Kommission und Regierung
Eintreten

Wilhelm; Kommissionspräsident: Nachdem sich die zum Schluss doch noch energiegeladene Energiedebatte hoffentlich abgekühlt hat und nachdem seit heute Morgen wieder klar ist, dass die Schweiz weiterhin weder von Vögten noch von Herzögen regiert wird, ist es meine Aufgabe, Sie namens der KUVe in das vorliegende Geschäft einzuführen. Ich mache das beim Eintreten etwas ausführlicher, in der Detailberatung dann gerne etwas kompakter. Im Unterschied zum gestrigen Sachge-

schäft ist die Botschaft heute wesentlich dünner und auch das Protokoll der KUVe mit einstimmig zustimmenden Beschlüssen weist auf eine wohl weniger kontrovers aufgeladene Debatte als gestern hin. Dennoch, so dünn die Botschaft auch ist, der darin enthaltene Betrag ist durchaus nicht nichts und die Bedeutung des Geschäfts gross. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um den Schutz unserer Bündner Bevölkerung und unserer Basisinfrastruktur. Und es geht auch darum, unsere Gemeinden im Verbund mit dem Bund beim Schutz der Bevölkerung zu unterstützen. Von meiner Seite daher auch ein Willkommen an den Gemeindepräsidenten der Gemeinde Albula/Alvra, welche Gesuchstellerin ist für den Betrag oder den Beitrag, den wir im vorliegenden Geschäft beraten.

Es ist uns allen nur zu gut bekannt, das Dorf Brienz/Brienzauls rutscht. Was bereits ein wenig weniger bekannt ist, die Rutschung verlief im letzten Jahrzehnt nicht linear, sondern beschleunigte sich von einigen Zentimetern pro Jahr bis ins Jahr 2010 auf rund einen halben Meter jährlich in den Jahren 2015 bis 2018 und dann insbesondere in den vergangenen vier Jahren mit enormem Zuwachs auf über anderthalb Meter pro Jahr. Wir sprechen von rund zweieinhalb Quadratkilometern Fläche mit einer Masse von knapp 170 Millionen Kubikmetern Fels und Lockergestein, die sich von den Maiensässen über Brienz bis ins Tal an die Albula bewegen und neben der Gefahr der Rutschung Dorf doch eben auch eine latente Fels- und Bergsturzgefahr aus der Rutschung Berg mit sich bringt. Die Zuspitzung der Lage wird zur immer grösseren Belastung für die ansässige Bevölkerung, die immer grösser werdende Schäden an Haus und Ställen erleidet und die vor allem in grosser Unsicherheit über die Zukunft der eigenen Existenz lebt. Das Thema ist also auch sehr emotional, und nicht zuletzt darum war es uns in der KUVe wichtig, eine seriöse und sachliche Vorberatung unter Beizug der beteiligten Fachleute vorzunehmen.

Neben dem Schutz der Dorfgemeinschaft geht es, wie einleitend gesagt, auch darum, dass auch Basisinfrastrukturen von der immer rascher voranschreitenden Rutschung betroffen sind. Kantonsstrassen, das Trasse der RhB, Leitungen für Strom, Wasser, Abwasser und Telekommunikation, auch hier verbunden mit steigenden Kosten im Unterhalt. Ohne dass die Rutschung gestoppt

oder zumindest gebremst wird, ist absehbar, dass das Dorf unbewohnbar wird und die Infrastrukturanlagen aufgegeben respektive mit immensem Aufwand ersetzt beziehungsweise verlagert werden müssten. Allein für die Umfahrung durch RhB und Kantonsstrasse in einem Tunnel unterhalb der Rutschung wäre mit Investitionen von geschätzten 550 Millionen Franken zu rechnen.

Aufgrund der steigenden Bewegungsraten wurde das Gebiet intensiv beobachtet und Gegenmassnahmen eruiert. Neben Messungen, Warnsystemen und Überlegungen zur Umsiedlung der Bevölkerung war der Bau eines Sondierstollens die zentrale Massnahme, um zu prüfen, ob die Rutschung entwässert und damit verlangsamt werden kann. Mit der vorliegenden Botschaft erhält der Grosse Rat nun Einblick in die aktuellsten Erkenntnisse und soll einen Kredit für Investitionen freigeben, die nach heutiger Erkenntnis eine wesentliche Verlangsamung der Rutschung Dorf bewirken können. Bisherige Untersuchungen zeigten nämlich, dass die Rutschung, sehr vereinfacht gesagt, durch hohen Wasserdruck unter der Gleitfläche und in der Rutschmasse verursacht wird. Ebenso zeigte sich, dass es mit den Drainagebohrungen aus dem Sondierstollen heraus in den festen Fels gelingt, den Porenwasserdruck zu senken. Und was noch wichtiger ist, es zeigte sich, dass sich diese Druckreduktion tatsächlich in diesem Gebiet verlangsamt auf die Rutschung auswirkt. Und diese zentrale Erkenntnis, die schafft nun die grosse, und vielleicht muss man auch sagen, die letzte Hoffnung auf eine wirksame Massnahme, nämlich den Ausbau des bestehenden Sondierstollens zu einem eigentlichen Entwässerungstollen, mit dem der Wasserdruck im relevanten Gebiet reduziert und die Rutschung wesentlich gebremst werden kann. Beispiele anderer ähnlicher Rutschungen im Tessin und im Kanton Waadt zeigten diese Wirkung bereits. Ziel in Brienz wäre, eine Limitierung der Rutschung auf unter 10 Zentimeter pro Jahr zu erreichen. Und eben für die Weiterverfolgung dieser Massnahme wird nun ein Kredit für den Entwässerungstollen benötigt.

Konkret beraten wir heute über einen Verpflichtungskredit als Objektkredit von brutto 40 Millionen Franken, den wir gestützt auf die eidgenössische und kantonale Waldgesetzgebung im Sinne eines Beitrags zum Schutz vor Naturgefahren und gestützt auf unser Finanzhaushaltsgesetz als eine gebundene Ausgabe in abschliessender Kompetenz sprechen können. Der Bund wird sich daran heftig beteiligen, so dass die Nettobelastung des Kantons bei 20 Millionen Franken liegt. Die KUVe hat sich intensiv mit der Vorlage befasst und diverse Fragen aufgeworfen, die von den zuständigen Fachleuten ad hoc an der erwähnten Sitzung und mit Nachreichung umfangreicher Unterlagen kompetent beantwortet werden konnten. Unter anderem wurden Fragen betreffend Aufteilung von Restkosten zur Berechnung und Tragung der Betriebskosten und zur Finanzierung gestellt. Ich werde dann bei den entsprechenden Kapiteln teilweise noch ergänzende Ausführungen dazu tätigen.

Speziell und auch für unseren Ratsbetrieb etwas aussergewöhnlich sind die Unwägbarkeiten, die mit der Vorlage einhergehen. Es handelt sich um eine rollende Planung, die rasch voranschreiten muss und die sich laufend an die neusten Erkenntnisse anpassen muss. Anders

gesagt ist es ein Wettlauf mit der oder auch gegen die Natur. So sprechen wir heute einen Kredit, wissen aber nicht mit Gewissheit, ob überhaupt und wenn ja, in welchem Umfang der Entwässerungstollen gebaut wird. Wird der Kredit aber heute gesprochen, kann das Bau- und Auflagenprojekt in die Projektgenehmigung überführt, ein Submissionsprojekt erarbeitet und die Ausschreibung und Arbeitsvergabe vorbereitet werden. Über den Bau des Entwässerungstollens definitiv entscheiden oder entschieden würde im Zeitraum Ende Quartal 3 des kommenden Jahres. Danach würde die Realisierung starten und es wäre mit einer Bauzeit von rund dreieinhalb bis vier Jahren zu rechnen. Es ist vorgesehen, dass für die Beurteilung der geologischen Grundlagen und Interpretation eine weitere zusätzliche Fachmeinung eingeholt wird, was die KUVe natürlich begrüsst. Damit kann die definitive Beschlussfassung noch fundierter abgestützt werden.

Eine weitere Unwägbarkeit besteht in Bezug auf die Rutschung Berg. Die geplante Investition wirkt sich nämlich vorderhand beziehungsweise direkt nur auf die Rutschung im Bereich Dorf aus. Es ist denkbar, dass auch der Berg oberhalb Brienz sich dadurch beruhigt, aber es ist nicht sicher und muss laufend überprüft werden. Gewisse Teilgebiete der Rutschung Berg zeigen tatsächlich auch rückläufige Tendenzen, aber insbesondere der Teilbereich Insel der Rutschung Berg weist steigende Bewegungsraten auf und bewegt sich mit gut zwölf Metern pro Jahr talwärts. Häufig und den Brienzern leider nur zu gut bekannt sind kleinere Felsabbrüche und Steinschläge, die bis in den Bereich der Kantonsstrasse gelangen können. Dabei ist zu sagen, dass solch kleinere Abbrüche sich regelmässig und bei Niederschlägen vermehrt ereignen können. Dank automatischer Alarmierung und Strassensperrung konnte die Kantonsstrasse bisher aber praktisch durchgehend in Betrieb gehalten werden. Anders sieht es bei grösseren Ereignissen wie grösseren Fels- oder gar Bergstürzen aus, welche zwar als deutlich weniger wahrscheinlich als Schäden aus der Rutschung Dorf eingestuft werden, welche aber eine anhaltende Gefährdung für Brienz/Brienzauls darstellen. Nicht zuletzt darum haben die Mess- und Warnsysteme weiterhin grosse Wichtigkeit, und es wird auch weiterhin das Teilprojekt Umsiedlung der Gemeinde Albula/Alvra in Zusammenarbeit mit dem ARE vorangetrieben.

Absolute Sicherheit also erreichen wir auch mit der vorliegenden Massnahme nicht per se. Und trotzdem, die KUVe kam nach vertiefter Sichtung der Grundlagen und Klärung aller offenen Fragen zum einstimmigen Beschluss, dass den vorliegenden Anträgen stattgegeben werden soll. Es ist wichtig, dass sich die Bündner Bevölkerung und die Bündner Gemeinden auf den Kanton verlassen können, wenn es darum geht, sie vor Naturgefahren zu schützen, die leider nicht zuletzt im Zuge des Klimawandels zunehmen werden. Der KUVe ist es wichtig, auch nach dem heutigen Entscheid über die neuen Auswertungen und den Beschlussverlauf informiert zu werden. Es ist darum geplant, dass sich die KUVe im zweiten Quartal 2023 zum Stand der Dinge voraussichtlich vor Ort über die aktuellsten Erkenntnisse informieren lässt. Vorerst aber, damit die Arbeiten wei-

tergehen können, beantragt die KUVe einstimmig, auf die Vorlage einzutreten, Ihre allfälligen Fragen zu Details dann auch kapitelweise zu klären und die Anfrage dann gemäss Botschaft zu genehmigen.

Standespräsident Caviezel: Fertig?

Wilhelm; Kommissionspräsident: Fertig.

Standespräsident Caviezel: Besten Dank für Ihre Ausführungen. Das Wort zum Eintreten ist nun offen für weitere Mitglieder der Kommission. Grossrat Berweger, Sie haben das Wort.

Berweger: Wir beraten heute die Botschaft über den Verpflichtungskredit von 40 Millionen Franken für die Erstellung eines Entwässerungsstollens unterhalb der Gemeinde Brienz. Die Bevölkerung der Gemeinde Brienz muss aktuell mit maximal 1,5 Metern Bewegung pro Jahr, das sind zwölf Zentimeter pro Monat, leben. Das sind enorme Zahlen, die man sich fast nicht vorstellen kann. Das ist eine sehr schwierige Situation für die dort lebenden Personen, welche dort seit Generationen Häuser haben und verwurzelt sind. Es geht aber bei diesem Geschäft neben den Emotionen auch um wichtige Infrastrukturen wie die Albulalinie der RhB, die Kantonsstrasse und die 380-Kilovolt-Hochspannungsleitung der Swissgrid. Im schlechtesten Fall würde eine massive Rutschung diese Infrastrukturen zerstören und dann auch noch den Fluss Albula stauen. Diese Stauung würde zur Überflutung bei Surava, Alvaneu und Filisur führen. Zudem würde das unkontrollierte Überlaufen der Aufschüttung zu Hochwasser im Domleschg und Churer Rheintal führen. Auch das Engadin und die Südtäler wären durch den Ausfall der Albulalinie betroffen. Und auch wenn dieses Szenario nicht in nächster Zeit erwartet wird, ist es nicht ausgeschlossen und hätte im Eintretensfall direkte oder indirekte Auswirkungen auf weite Teile des Kantons. Das direkte Schadenpotenzial an Bauten wird dabei auf zirka 177 Millionen Franken geschätzt. Wie von Herrn Philipp Wilhelm schon angedeutet, wäre eine Umfahrung der RhB und Kantonsstrasse in dieser Zone machbar, würde aber auch 550 Millionen Franken kosten und das Problem der Rutschung und des Aufstauens der Albula wäre nicht gelöst.

Im letzten Jahr wurde ein 635 Meter langer Sondierstollen im stabilen Fels unterhalb der Rutschung erstellt. Das Ziel von diesem Stollen war es, die erhöhten Wasserdrücke im Fels zu entlasten. Die ersten Messresultate haben nun aufgezeigt, dass sich die Rutschung im Bereich des Sondierstollens verlangsamt hat. Die Fachleute sehen aus der Erfahrung des Sondierstollens gute Chancen, dass mit einem etwa 1800 Meter langen Entwässerungsstollen die Rutschung Dorf soweit reduziert werden kann, dass das Dorf und die Infrastrukturen auf der sicheren Seite sind. Das bedeutet maximal zehn Zentimeter Bewegung pro Jahr. Es gibt gute Beispiele in der Schweiz wie in Campo (Vallemaggia) oder im waadtländischen La Frasse, wo mit Entwässerungsstollen Rutschungen gestoppt oder verlangsamt werden konnten.

Wir sprechen hier über einen Kredit von 40 Millionen Franken, wovon 45 Prozent durch den Bund übernom-

men werden sollten. Nichts machen geht nicht. Darum bitte ich Sie, auf das Geschäft einzutreten und den Antrag für den Verpflichtungskredit zu unterstützen.

Mazzetta: Einmal mehr muss sich der Kanton Graubünden mit einem grossen Klimaereignis auseinandersetzen. Nach der Val Parghera und dem Bergsturz in Bondo haben wir jetzt diesen extremen Rutsch in Brinzauls. Die Zunahme der Rutschung, wir haben es gehört, auf bis zu 150 Zentimeter pro Jahr ist wirklich beeindruckend. Eindrücklich ist aber auch die Komplexität dieses Entwässerungsprojektes. Viele Fragen sind aktuell noch offen oder noch nicht abschliessend geklärt. Aber gemäss den Experten hat der Sondierstollen ein solides Wissen gebracht. Dieser zeige schon einen ersten Effekt, und die Rutschung konnte verlangsamt werden. Die Untersuchungen, die laufen aber noch, und die Risikoanalyse, die wird ebenfalls laufend angepasst. Die Experten gehen aber aufgrund des jetzigen Kenntnisstandes davon aus, dass der Dorfrutsch auf ein verträgliches Mass abgebremst werden kann. Noch keine verlässlichen Prognosen können sie hingegen zum zweiten wichtigen Rutsch, zum Bergrutsch, machen. Sie vermuten aber, und das hat der Kommissionspräsident ebenfalls schon gesagt, dass die Massnahmen beim Dorfrutsch auch den Bergrutsch bremsen werden. Das sind im Moment aber Annahmen. Die Experten wollen oder können dazu noch keine gesicherten Aussagen machen. Bei so vielen Unsicherheiten und offenen Fragen ist die Frage, ob eine Umsiedlung des Dorfes nicht die bessere Lösung wäre, durchaus berechtigt. Und diese Frage habe auch ich mir gestellt.

Eine Nulllösung hat der Kanton aber verworfen und meiner Meinung nach mit gutem Grund. Ich habe mich überzeugen lassen, dass es diese Entwässerungsstollen braucht. Ein paar Gründe möchte ich hier darlegen. Die DorfbewohnerInnen, sie wollen in ihrem Dorf bleiben. Betroffen ist aber nicht nur das Dorf, betroffen sind auch mehrere Infrastrukturen wie die Kantonsstrasse, die RhB, Stromleitungen, und für diese gibt es keine rasche Lösung. Die kann man nicht einfach rasch umsiedeln, und Lösungen wie ein Tunnelbau, das braucht Zeit. Andere Kantone, das haben wir auch gehört, haben bereits ähnliche Projekte erfolgreich umgesetzt, wie in Campo (Vallemaggia) oder in Waadt in La Frasse. Dies nicht auch in Brinzauls zu versuchen, das wäre unverständlich. Entscheidend sind auch die wiederkehrenden Kosten. Die Experten gehen davon aus, dass die Betriebs-, Unterhalts- und Überwachungskosten überschaubar und tragbar sind, insbesondere auch für die Gemeinde. Die hohen Investitionen für die Entwässerungsstollen sind auch wirtschaftlich gerechtfertigt, weil erstens die direkten Schäden weit höher als diese Investitionen sind und auch Alternativlösungen bei der Strasse, RhB usw. weitaus teurer wären. Aber die Hoffnung, dass andere Nutzniesser wie Swissgrid, Axpo, EWZ mehr Kosten übernehmen, ist sehr fraglich, weil sie noch lange mit dem Dorfrutsch leben können. Ihre Leitungen rutschen, vereinfacht gesagt, einfach mit, ohne dabei grössere Schäden zu nehmen. Verwerfungen bei den Strassen und Schienen können hingegen gefährlich werden. Das Gesamtrisiko und damit auch die Kostenbeteiligung der

verschiedenen Betroffenen wird aber genau unter die Lupe genommen. Entscheidend wird dabei sein, wie sich der Bergbruch entwickelt.

Wir sehen, es gibt bei diesem Projekt noch viele Unsicherheiten, was eine rollende Planung nötig macht. Trotzdem waren Eintreten und das Vorgehen gemäss Botschaft in der Kommission unbestritten. Ein Ja zu diesem Vorhaben ist aber kein Präjudiz für andere Rutschgebiete wie im Lugnez oder am Heinzenberg. Der Fall Brinzauls ist ein Extremereignis. Unsere Fraktion ist deshalb für Eintreten und für den Verpflichtungskredit.

Danuser (Cazis): Der Umgang mit Naturgefahren beschäftigt uns alle, ja die ganze Welt, fortlaufend. Auch im Bergkanton Graubünden ein täglich stattfindendes Thema. Besonders spannend ist jeweils die Festlegung von möglichen Massnahmen, damit die Naturgefahren eingedämmt oder verhindert werden können. Das Ziel dieser Massnahmen ist es, dass Schäden an Personen und Sachwerten vermieden werden. Im Grundsatz und in vielen Fällen leistet das der Wald im Kanton Graubünden, welcher als Multitalent mit vielen Fähigkeiten ausgerüstet ist. Ein Grossteil dazu, indem er diverse Naturgefahren eindämmt. Als Lawinenschutzwald, wo insbesondere an steilen Lagen innerhalb des Waldes der Wald das Entstehen von Lawinen verhindern kann. Als Steinschlagschutzwald, wo er kleinere Steine mit einer Vielzahl von stehenden Bäumen abbremsen und zurückhalten kann. Der Wald hält Niederschläge an Blättern und Nadeln und am Waldboden zurück, denn damit werden in unzähligen Fällen im Kanton Graubünden die steilen Hänge mit einem Armierungsnetz von Wurzeln zurückgehalten. Dadurch können flachgründige, nicht tiefliegende Rutschungen sehr oft zurückgehalten werden.

Rutschungen wie diese in Brienz sind jedoch in viel tiefer liegenden Gleitschichten aktiv. Wir wurden an der Kommissionssitzung sehr fundiert und umfassend durch die projektleitenden Personen orientiert. Es war beeindruckend zu erkennen, dass der Kanton Graubünden im Amt für Wald und Naturgefahren auf überaus hohe, international beachtete Fachkompetenz verfügt. Die in der vorliegenden Botschaft vorgeschlagenen Massnahmen brauchten jedoch einige Jahre der Vorbereitung durch ein sehr gut aufgestelltes Amt sowie weitere Spezialisten. Sie mussten die auftretenden Geländeverschiebungen beurteilen und verstehen lernen. Der Brienzler Rutschhang bewegt sich seit Jahren rund anderthalb Meter pro Jahr in Richtung Tal. Das hat grosse Zerstörungskraft und hat die Bauten in Brienz in massivster Weise geschwächt. Hier ist jetzt rasches Handeln nötig. Mit dem Bau des Sondierstollens konnten erste Erfahrungen gesammelt werden. Und es hat sich herausgestellt, dass dadurch eine Druckentlastung im Rutschkörper erfolgt ist, welcher zu ersten kleinen Erfolgen geführt haben. Daher ist es wichtig, dass ein Entwässerungsstollen so rasch wie möglich gebaut werden kann. Denn jetzt ist die Bevölkerung von Brienz, aber auch angrenzende Wohn- und Arbeitsräume auf uns angewiesen. Wir können hier unsere Unterstützung geben und den Entscheid dazu fällen. Ich bin aufgrund dessen der Meinung, dass wir diesem Verpflichtungskredit zustimmen können.

Gort: Ich denke, man kann dieses Projekt und diesen Kredit von zwei Sichtweisen anschauen. Einmal haben wir die wirtschaftliche Sichtweise und einmal die moralische Sichtweise. Die moralische Sichtweise zeigt der SVP-Fraktion ein ganz klares Bild auf. Nämlich, dass man nicht einfach ein ganzes Dorf seinem Schicksal überlassen möchte. Die SVP hat sich stets für die peripheren Regionen in unserem Kanton eingesetzt. Für uns wäre es deshalb ein sehr grosses moralisches Scheitern, wenn wir diese technische Möglichkeit nicht ausschöpfen würden. Demgegenüber steht aber die wirtschaftliche Sichtweise. Wäre es nicht günstiger, das ganze Dorf umzusiedeln? Sehen wir uns nun die Zahlen an, geht die Regierung von einem Schadenpotenzial von 170 Millionen Franken für direkte Schäden aus. Würde man nun als Plan B Umsiedlung von Brienz einschlagen, würde dies bedeuten, dass man zirka 100 Einheimische und zirka 200 Zweitheimische umsiedeln müsste. Zusätzlich müsste aber auch für die RhB und die Kantonsstrasse, welche sich im gefährdeten Gebiet befinden, eine neue Route gebaut werden. Hier schätzt man Kosten von zirka 550 Millionen Franken. Hinzu kommt nun noch der zeitliche Rahmen. Geht man davon aus, dass eine Realisierung der Umfahrung vermutlich 20 Jahre oder länger dauern würde, kann davon ausgegangen werden, dass man früher oder später doch etwas für die Hangstabilität machen müsste.

Kommen wir nun zu der Ausführung beziehungsweise zu den Varianten. Wie man auf der Seite 453 der Botschaft lesen kann, sprechen wir heute über einen Verpflichtungskredit von 40 Millionen Franken, welcher die Varianten 1a bis 1c abdeckt. Dieses Vorgehen macht für die SVP-Fraktion aus folgenden zwei Punkten Sinn: Erstens kann zum heutigen Zeitpunkt nicht gesagt werden, ob und wie gross der Erfolg des angestrebten Ziels für eine Entschleunigung der Rutschung von unter zehn Zentimeter pro Jahr sein wird. Zweitens: Da im Moment die Abschätzung der Kosten bei den Varianten 3 und 4 bezüglich Bau, aber auch bezüglich Unterhalt sehr unsicher ist, ist es sicher richtig, vorerst nur Variante 1c zu planen. Da man bereits jetzt für die Varianten 3 und 4 über 10 Millionen Franken schätzt, wäre dann dies wieder mittels Botschaft im Grossen Rat genehmigen zu lassen.

Kommen wir zurück zum Verpflichtungskredit. Wenn wir nun heute den Kredit von 40 Millionen Franken dem Plan B gegenüberstellen, stellt man fest, dass es auch wirtschaftlich und nicht allein moralisch Sinn macht, diesen heute zu genehmigen. Die SVP ist für Eintreten und wird auch dem Kredit zustimmen.

Kohler: Der Brienzler Rutsch hat an Fahrt aufgenommen. Mit Bewegungsraten von bis zu 150 Zentimetern pro Jahr hat sich die Rutschung Dorf sehr stark beschleunigt. Die Regierung hat mit der ausgearbeiteten Botschaft Verpflichtungskredit Entwässerungsstollen Brienz/Brinzauls die Situation rund um die Rutschung umfassend analysiert und sie hat umgehend reagiert und schlägt konkrete Massnahmen vor. Zentrales Element der Sanierungsmassnahmen ist ein Entwässerungsstollen, welcher die Rutschung auf ein erträgliches Mass reduziert, d. h. die Bewegungsraten auf einem tiefen Niveau

unter zehn Zentimeter pro Jahr stabilisieren soll. Für die Umsetzung dieser Massnahmen bleibt nicht mehr viel Zeit, weshalb bei der Bewältigung des Ereignisses die nächsten Planungsschritte eingeleitet werden, bevor die Erkenntnisse der vorangegangenen Planungsschritte vorliegen. Der Rhythmus des Rutsches gibt den Takt an und bestimmt die rollende Planung und damit die Annäherung an eine Lösung mittels iterativen Prozessen.

Die Botschaft ist in der Folge auch sehr technisch aufgebaut, und in kausalen Argumentationsketten wird rational dargelegt, was technisch machbar sein sollte und wie die Rutschung gestoppt werden könnte. Dabei spielt die Reduktion des Wasserdrucks im Felsen eine zentrale Rolle. Mindestens in anderen vergleichbaren Fällen war dies der entscheidende Faktor zur Reduktion eines Rutsches.

Im Zentrum meines Eintretensvotums steht jetzt aber nicht die Rutschung als geologisches Phänomen, sondern die Menschen, welche unter grossem Druck stehen und ihr Haus, ihren Garten und die liebgewordene Heimat nicht einfach aufgeben möchten. Aus diesem Grunde richte ich ein paar Worte der Solidarität an die Betroffenen, welche diese Unsicherheiten aushalten müssen. Wir leiden mit Ihnen, wenn in Ihrem Eigenheim die Risse in den Wänden mit Bauschaum repariert werden müssen, damit es an Weihnachten nicht mehr durch die warme Stube zieht. Wir leiden mit Ihnen, wenn das Dorf nicht nur von der Rutschung, sondern auch von einem akuten Bergsturz bedroht wird. Und wir leiden mit Ihnen, wenn Sie als Einwohnerinnen und Einwohner die Koffer jederzeit gepackt und griffbereit bereitstellen müssen. Mit der Zustimmung zum Verpflichtungskredit hofft der Grosse Rat, dass er einen substanziellen und eben auch effektiven Beitrag für ein lebenswertes Leben im Dorf Brienz/Brinzauls leisten kann. Insbesondere die Mitte Graubünden macht sich immer wieder stark für eine dezentrale Besiedlung unseres Kantons. Die Mitte Graubünden möchte zu den Menschen im Albulatal stehen, auch wenn es mit der dezentralen Besiedlung einmal nicht so einfach ist, und sie unterstützt die Kreditgewährung einstimmig.

Weil das Erfolgsrezept bei der Rutschung Brienz auf der Reduktion des Wasserdrucks im Felsen beruht, möchte ich einen Quervergleich zum Bau des Gotthardbasistunnels herstellen respektive ein Beispiel schildern, um die immensen Auswirkungen des Wasserdrucks besser begreifen zu können. Als man den Gotthardbasistunnel gebohrt hat, wurden auch Wasseradern angeschnitten. Zwei Kilometer über der Tunnelröhre befindet sich z. B. der Stausee Lai da Nalps. Nun hat die Reduktion des Wasserdrucks im Berg zu einer Senkung des ganzen Gebirgsmassivs geführt und das Gebirge um die Stau-mauer hat sich um 13 Zentimeter gesenkt. Also trotz einer Überlagerung von zwei Kilometern stabilem Fels hat die Reduktion des Wasserdrucks und damit auch die Reduktion des Auftriebs an der Erdoberfläche unvorstellbare Auswirkungen. Dieses Phänomen ist rational fast nicht nachvollziehbar, aber für mich eine gute Erklärung, wieso wir hier beim Wasserdruck ansetzen. Denn in Brienz ist der Wasserdruck bereits unter der Oberfläche sehr hoch und das Bohren des Sondierstollens hat schon zu einer Reduktion des Wasserdrucks und einer

Reduktion des Rutschungsgrades geführt. Bereiten wir der Bevölkerung von Brienz/Brinzauls ein Weihnachtsgeschenk, treten Sie ein und stimmen Sie dem Verpflichtungskredit von 40 Millionen Franken zu.

Berther: En princip fussi schon detg tut, aber jeu vegnel aunc a dir in pèr plaids per romontsch. A caschun da nossa seduta dalla cumissiun KUVE, CATE, essan nus vegni informai digl Uffezi digl uual e da prighels da la natira en tuts detagls. Ed igl ei fetg impressiunont, tgei lavur che vegn prestada per schligiar quei problem. Nus essan persvadi che cun quella cateomba, ni era stolla ni gallaria sco ins vul era adina dir, ch'ins vegn da far in migliurament. Ei dat aber neginas garantias. Igl ei sco da far ina nova operaziun, nua ch'ins spera ch'i gartegi, aber la garanzia vegnan ei buc a saver dar. Aber nus havein constatau che quei ein nun bia bunas e capablas persunas, inschigniers e geologs. E quels vegnan segir ad anflar mintga gada, tier mintga vetta ch'ei fan ina migliur. Quei ch'ei naturalmein da patertgar ei er vi dils responsabels politics. Jeu patratgel cheu vi da la supraztonza da la vischnaunca dad Alvra. Quei ei in'enorma responsablada. Els ein quels che ston mintga ga comunicar, ed els meretan naturalmein in engraziament, per quei ch'els han fatg tochen ussa – e naturalmein era tut ils auters gremis. E naturalmein ei era mintga vischina e mintga vischin da la vischnaunca da Brinzauls leds, sch'ei dat ina segirtad. En quei senn sperein nus che nus anflien cheu la schligiaziun ed jeu sperel che tuts sustegnien quei. Quei fuss naturalmein era in enorm impurtont impuls, sch'il Cussegl grond sa sustener cumpleinamen quei credit per quella cataomba.

Standespräsident Caviezel: Das Wort ist immer noch offen für die Mitglieder der Kommission. Wird dies noch gewünscht? Dem ist nicht so. Dann öffne ich das Wort für das Plenum und erteile Grossrat Schutz das Wort.

Schutz: Ich habe mich schon früher ein, zwei Mal mit Anfragen an die Regierung gewandt wegen dem Brienz-Rutsch, und so muss ich mich heute dazu auch noch äussern. Vorerst einmal bin ich sehr dankbar, dass die Regierung heute diesen Kredit hier beantragt. Die Regierung beantragt heute einen Kredit von 40 Millionen Franken für den Ausbau des bestehenden Sondierungsstollens zu einem Entwässerungsstollen. Mit dem Kredit können die Grundlagen zur Entscheidungsfindung für die besten Varianten für die Entwässerung des Rutschgebietes Brienz erarbeitet werden. Die Rutschungen betragen heute im Bereich Dorf, wir haben es bereits gehört, 1,5 Meter und im Berg bis zwölf Meter. Und das hat sich verstärkt seit dem Jahre 2010. Das Ziel der Realisierung ist, dass man die Grundlagen erhält, damit die Rutschung saniert respektive auf ein erträgliches Mass reduziert werden kann.

Als Albulataler, der dieses Rutschgebiet wöchentlich meist mehrmals durchfährt, ist es augenfällig, wie dringend Massnahmen zur Stabilisierung dieses Gebietes sind. So ist das kantonale Tiefbauamt übers ganze Jahr damit beschäftigt, die Strassenabschnitte zwischen Tiefencastel und Surava, zwischen Lenz und Crappa Naira und zwischen Vazerol und Tiefencastel instand zu set-

zen, damit sie überhaupt befahrbar bleiben. Die Rhätische Bahn ist sehr stark gefordert, laufend Verbesserungen und Instandsetzungen am Bahntrasse vorzunehmen. Die Schienen müssen immer wieder verlängert werden, damit die Rutschstelle gefahrlos befahren werden kann. Die Geländeverschiebungen sind so gravierend, dass es letztes Jahr trotz grösster Anstrengungen der Rhätischen Bahn zu einer Zugsentgleisung kam. Nicht zu vergessen sind die Hochspannungsleitungen der Swissgrid und die elektrische Talversorgung der Albula Netz AG, die ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen werden und laufend Instandsetzungsinvestitionen erforderlich machen. Gefährdet sind aber auch die Infrastrukturen wie die Strassen, Wasserversorgung, Abwasserversorgung etc. in den Gemeinden und vor allem im Dorf Brienz.

Im Zusammenhang mit dieser herausfordernden Situation dieses Rutschgebietes darf aber und soll vor allem die Bevölkerung von Brienz nicht vergessen gehen. Ich habe grössten Respekt vor den Einwohnerinnen und Einwohnern von Brienz. Sie mussten von einem Tag auf den anderen erfahren, dass ihr Haus von heute auf morgen keinen materiellen Wert mehr hat, weil das Gebiet als Gefahrenzone ausgeschieden werden musste. Die Schäden an den Häusern sind sehr unterschiedlich, aber einige sind von massiven Schäden betroffen. Türen, die plötzlich nicht mehr gehen, Risse, dass man durch Wände hindurchschauen kann, plötzliches Auseinanderdriften der Böden in den Räumen, und, und, und, bis zur Unbewohnbarkeit des Hauses. Zwei Gebäude mussten in den vergangenen Jahren wegen Gefährdung der Menschen bereits abgerissen werden. Aber auch plötzlich treten neben den Hauszugängen 20 bis 30 Zentimeter breite Risse auf, die nach deren Verfüllung nach ein paar Wochen wieder neu aufgehen. So sind auch Quartierstrassen zu Häusern auf einmal nicht mehr befahrbar oder Garageinfahrten nicht mehr benutzbar. Es gibt aber auch Häuser, die relativ unbeschadet mit der Rutschmasse einfach talabwärts rutschen. Sie sehen, es trifft die Bevölkerung sehr unterschiedlich, aber eines trifft alle: Die Steinschlagtätigkeit. Diese hat in den vergangenen Tagen stark zugenommen. Letzte Woche gingen grössere Massen Steine Richtung Dorf hinunter, vorgestern wiederholte sich ein solches Ereignis. Die Steine liegen ein paar Meter hinter den Häusern, nur schon der Anblick ist bedrohlich und besorgniserregend. Die Gefahr eines grösseren Bergsturzes ist nicht auszuschliessen.

Die Bewohner nehmen ihre äusserst schwierige Situation mit sehr grosser Gefasstheit entgegen und versuchen, ihrem alltäglichen Leben ohne zu klagen nachzugehen. Ihre Einstellung in dieser schwierigen Lage verdient unsere positive Würdigung. Wir können heute den Brienznerinnen und Brienznern nicht unmittelbar helfen. Aber wir können ihnen ein Zeichen zusenden, dass wir sie in ihrer schwierigen Situation nicht allein lassen. Wir können ihnen ein Signal geben, dass wir mit der einstimmigen Zustimmung zum 40-Millionen-Franken-Kredit versuchen, unsere Möglichkeiten auszuschöpfen, um ihre Lage so rasch wie möglich wenigstens etwas zu verbessern. Wir können ihnen Hoffnung geben. Wir sollten ihnen zeigen, dass wir möchten, dass sie auch in Zukunft in ihrer angestammten Heimat wohnen sollen könnten. Eine in der Botschaft zitierte Umsiedlung der

Bevölkerung darf nur als allerletzte Möglichkeit, wenn absolut keine Massnahmen mehr möglich sind, in Betracht gezogen werden.

An dieser Stelle scheint es mir aber auch wichtig, dass wir bei der gesamten Problematik um den Brienzler Rutsch einen Blick in die weitere Zukunft werfen. Wir sollten heute das Eine tun und für die Zukunft das Andere nicht lassen. Wir können es uns auf lange Sicht nicht leisten, über Jahrzehnte unsere Infrastrukturen wie Strassen, Bahn, Stromnetze dauernd mit Flickwerk zu erhalten und diese dauernd dem Risiko ausgesetzt zu wissen, dass bei einem grösseren Ereignis diese plötzlich unbenutzbar werden. Wie aus der Botschaft der Regierung hervorgeht, ist es keinesfalls sicher, dass mit dieser jetzt vorgesehenen Massnahme das Problem nachhaltig zu lösen ist. Also die vorgesehenen Massnahmen sind dringlich, aber lösen die Problematik, wenn man die Aussagen der Geologen in der Botschaft genau liest, voraussichtlich nicht gänzlich und vor allem nicht nachhaltig. Die Natur wartet nicht auf langwierige politische Prozesse. So möchte ich bereits hier die Regierung einladen, eine nachhaltige, ganzheitliche Lösung der Rutschproblematik zu prüfen, nämlich ein Tunnelprojekt für Strasse, Bahn und Stromnetze für die zukünftige Erschliessung der Regionen hinter dem Brienzler Rutsch. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten und danach dem Kredit zuzustimmen.

Rageth: Weil die Botschaft schon fast zwei Mal vorgelesen wurde, habe ich mein Votum ein wenig zusammengestrichen. Trotzdem möchte ich auch noch einige Punkte dazu sagen. Wir sprechen von 40 Millionen Schweizer Franken, was gehörig viel Geld ist. Dieses Geld würde ich viel lieber, viel lieber in Umsetzungsmassnahmen des Green Deals investieren, doch ich sehe einen für mich unbestrittenen Sachzwang, welcher diesen hohen finanziellen Betrag rechtfertigt. Die Gründe wurden genannt. Zusätzlich zur Albulalinie der Rhätischen Bahn, das ist für mich noch ein ganz wichtiger Punkt, Sie wissen, ich arbeite bei der Rhätischen Bahn, passieren jährlich 2 Millionen Fahrgäste, grösstenteils Freizeitreisende und Touristen, mit dem Glacier Express, mit dem Bernina Express, in Interregio-Zügen, diese wunderschöne Linie. Doch Hauptargument, das wichtigste Hauptargument für diese Investition soll die Gemeinde Brienz selbst bleiben, welcher gegenüber wir zur Solidarität verpflichtet sind, wie dies die Vorredner, Ratskollegen Kohler und Schutz, bereits erläutert haben.

Ich möchte einen Punkt noch erweitern, und zwar die Naturgefahren generell. Wir leben in den wunderschönen Bündner Bergen und haben in den letzten Jahrzehnten, letzten Jahrhunderten, gelernt, mit diesen umzugehen, in diesen Bergen zu leben und mit Naturgefahren zu leben. Auch wenn meines Wissens die Situation in Brienz nichts mit dem Klimawandel direkt zu tun hat, so müssen wir uns dennoch bewusst sein, dass wir Naturgefahren in naher Zukunft aufgrund des Klimawandels noch verstärkt ausgesetzt sein werden. Entsprechend werden wir künftig, und zwar in naher Zukunft, noch viele, viele Millionen Schweizer Franken in den Schutz vor Naturgefahren investieren müssen. Leider wird dies immer

Symptombekämpfung bleiben, und auch bei diesen noch vor uns liegenden Investitionen würde ich lieber in Umsetzungsmassnahmen des Green Deals investieren. Und ich wünsche mir, geschätzte Ratskolleginnen und geschätzte Ratskollegen, dass Sie alle, Sie alle bei künftigen Diskussionen um Klimaschutzmassnahmen oder den Green Deal sich an diese Worte erinnern. Ich wiederhole kurz: Klimaschutz ist günstiger, als Schutzbauten im Sinne von Symptombekämpfung zu erstellen. Ich und mit mir die grünliberale Fraktion werden den Investitionsbeitrag entsprechend genehmigen.

Luzio: Als direkte Nachbarn der Gemeinde Albula haben wir Oberhalbsteiner nicht Angst, dass uns die Briener und Brienerinnen zu nahe auf die Pelle rutschen. Aber ihr Schicksal beschäftigt uns natürlich auch, da wir viele persönliche, geschäftliche und auch politische Beziehungen mit dem nahegelegenen Dorf pflegen. Wie schon meine Vorrednerinnen und Vorredner erwähnt haben, haben wir diverse Gefährdungen der Infrastruktur unterhalb des Dorfes infolge der Rutschung. Ich möchte kurz auf die Stromversorgung eingehen. Noch rutschen die Leitungen einfach mit dem Rutsch mit, wie Kollegin Mazzetta bereits erwähnt hat, aber auch dort gibt es Worst-Case-Szenarien, falls die Rutschung Fahrt aufnehmen würde. Für das Stromnetz würde dies hohe finanzielle Auswirkungen haben, und dies würden schlussendlich wir alle mitfinanzieren über die allgemeinen Netzgebühren. Betroffen ist nicht nur die Talversorgung der Albula-Netze im Talboden, sondern auch das Trasse der Swissgrid, das zwei Systeme trägt, die mit 380 Kilovolt betrieben werden. Diese Zahlen sagen Ihnen jetzt wahrscheinlich nicht so viel. Aber als Grössenvergleich: Über diese sechs Metallfäden, die in der Gegend herumhängen, kann die Leistung von fünf Atomkraftwerken Mühleberg oder von zwei Atomkraftwerken Gösgen übertragen werden. Hier möchte ich nicht Werbung für Atomkraftwerke machen. Aber wahrscheinlich können Sie sich mit diesen Angaben eher etwas vorstellen, als wenn ich Ihnen jetzt sage, dass dies einer Solarleistung von 800 Fussballfeldern entspricht oder 60 Solaranlagen wie beispielsweise die angedachte freiflächige Grossanlage im Unterengadin. Diese Leitung ist immens wichtig für die Versorgungssicherheit Graubündens und auch der Schweiz. Ebenfalls von hoher Bedeutung ist diese Leitung für die Abführung der Energie aus den Engadiner Kraftwerken. Des Weiteren greifen wir mit diesem Verpflichtungskredit auch St. Calixtus unter die Arme. St. Calixtus ist der Kirchenpatron der Gemeinde Brienz und für einige Dorfbewohner zum Hoffnungsträger in dieser ganzen Geschichte avanciert. Natürlich ist auch die FDP-Fraktion für Eintreten auf dieses Geschäft, für die Bewohnerinnen und Bewohner von Mittelbünden, für den öffentlichen Verkehr, für den individuellen Verkehr und für die Versorgungssicherheit unseres Kantons. Fitto.

Cramer: Als Mitglied des Gemeindevorstandes von Albula/Alvra möchte ich vorab der Regierung und den involvierten Ämtern des Kantons Graubünden herzlich für die Erarbeitung dieser Botschaft danken. Für unsere Gemeinde und die betroffene Bevölkerung, insbesondere

aus der Fraktion Brienz/Brinzauls, ist es eine sehr wichtige Botschaft, die wir heute behandeln. Aus diesem Grund hat es sich auch unser Gemeindepräsident Daniel Albertin nicht nehmen lassen, heute persönlich an der Session und an der Beratung dieses Geschäfts dabei zu sein. Danken möchte ich an dieser Stelle auch der vorberatenden Kommission für Umwelt, Verkehr und Energie, welche einstimmig auf die Botschaft eingetreten und diese zuhanden des Grossen Rates verabschiedet hat. Das ist ein wichtiges Zeichen, vor allem für die Bevölkerung von Brienz/Brinzauls. Es ist auch eine grosse Wertschätzung, die Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, gegenüber der Bevölkerung von Brienz/Brinzauls bereits mit Ihren Eintretensvoten ausgedrückt haben. Auch dafür danke ich Ihnen.

Gestatten Sie mir ein paar Ausführungen aus Sicht der betroffenen Gemeinde. Der Briener Rutsch stellt für unsere Gemeinde zweifelsohne eine riesige Herausforderung dar, ja wenn nicht die grösste, die wir aktuell zu bewältigen haben, sei das in finanzieller oder auch in personeller und in menschlicher Hinsicht. Die Gemeinde Albula/Alvra ist aus sieben ehemaligen Gemeinden aus Alvaneu, Alvaschein, Brienz/Brinzauls, Mon, Stierva, Tiefencastel und Surava entstanden und besteht seit dem 1. Januar 2015 in dieser Zusammensetzung. Bereits von Anfang an beschäftigte uns der Briener Rutsch und in den letzten Jahren aber mit zunehmender Intensität. So können Sie der Abbildung 1 auf Seite 441 der Botschaft entnehmen, dass die Rutschung in den letzten Jahren stark angestiegen ist und im Bereich des Dorfes im Jahr 2021 rund 1,5 Meter betrug. Das wurde von verschiedener Seite vorgetragen. Ich habe die aktuellen Zahlen gestern Abend von unserem Gemeindepräsidenten erhalten. Entgegen der Botschaft ist heute die Rutschung bei rund 1,15 Meter pro Jahr. Also, wir sehen, dass dieser Sondierstollen doch eine direkte positive Wirkung hat, und das lässt durchaus hoffen.

Aufgrund der intensiven Untersuchungen rund um den Briener Rutsch kam die Gefahr hinzu, dass eben auch ein Bergsturz nicht ausgeschlossen werden kann. Man spricht hier von Gesteinsmengen von 0,8 bis 42 Millionen Kubikmetern. Zum Vergleich, in Bondo ging es um rund 3 Millionen Kubikmeter. Einfach, dass wir uns dieser Zahlen auch bewusst sind. Aufgrund dieser Erkenntnisse mussten Planungszone für Teile von Vazerol, Tiefencastel und Surava erlassen werden, weil die aktuellen Untersuchungen eben einen Bergsturz nicht ausschliessen können. Wir hoffen aber auch hier im nächsten Frühjahr auf eine Entwarnung und dass diese allenfalls dann auch aufgehoben werden kann, je nach Untersuchungsergebnissen. Im Dorf Brienz/Brinzauls besteht ebenfalls seit dem Jahr 2017 eine Planungszone, weil die Rutschung mehr als zehn Zentimeter pro Jahr beträgt und dies eine rote Gefahrenzone nach sich zieht. Diese zehn Zentimeter wurden von verschiedenen Vorrednern eben auch erwähnt, und wichtig ist, dass man da wieder unter diese zehn Zentimeter kommt, dass es eben keine rote Gefahrenzone gibt.

Der Gemeindevorstand und vor allem auch der Gemeindeführungsstab, namentlich eben unser Gemeindepräsident Daniel Albertin, sind fast täglich mit den Herausforderungen rund um den Briener Rutsch konfrontiert.

In der Gemeinde bindet dies unzählige Ressourcen, vor allem auch personeller Natur. Die Gemeinde hat auch in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Evakuierungspläne für den Ernstfall erarbeitet. Man geht davon aus, dass sich die Gefahr eines Bergsturzes ankündigen würde, so dass genügend Zeit für eine Evakuierung bleiben würde. Man rechnet hier mit einer Vorlaufzeit von mindestens sechs bis zwölf Stunden. Es wurden auch Umfragen bei der Bevölkerung durchgeführt, ob sie dann eine Übernachtungsmöglichkeit, eine Unterkunft hätten. Parallel dazu hat die Gemeinde Albula/Alvra eine Kommission Siedlung ins Leben gerufen für den Fall, dass eine Sanierung eben nicht möglich wäre und eine Umsiedlung nötig würde. Da die Raumplanung in unserem Land, Sie wissen es, sehr viel Zeit beansprucht und die Mühlen oftmals langsam mahlen, ist es wichtig, dass wir diese Arbeit an die Hand genommen haben, um die Pläne für den Ernstfall aus der Schublade ziehen zu können. Das aber absolut als Ultima Ratio, wenn es nicht anders geht. Wir hoffen alle, dass es niemals so weit kommen wird und sind deshalb sehr zuversichtlich und hoffen, dass der Entwässerungstollen seine Wirkung zeigen wird. Die Untersuchungen und Ergebnisse und Erkenntnisse aus dem Sondierstollen lassen zumindest diese Hoffnung zu.

Freilich stellt der Briener Rutsch für die Gemeinde Albula/Alvra auch eine finanziell sehr grosse Belastung dar. Von den bis Ende 2021 gesprochenen Kosten von rund 28 Millionen Franken, Sie sehen es auch in der Botschaft abgebildet, trägt die Gemeinde Restkosten von fünf bis zehn Prozent. Für die ehemalige Gemeinde Brienz/Brinzauls mit rund 100 Einwohnern wäre das finanziell wohl nie verkraftbar gewesen. Bei der fusionierten Gemeinde geht man allerdings einfach davon aus, dass das problemlos machbar sei und möglich sei. Die Belastung, die finanzielle Belastung eben auch bedeutet aber auch einen Verzicht der anderen Fraktionen, und zwar einen bewussten Verzicht. Es werden derart viele personelle aber auch finanzielle Ressourcen gebunden bei uns auf der Gemeindeverwaltung, dass die anderen Fraktionen vielfach zurückstecken müssen. Man darf sich deshalb durchaus fragen, ob es richtig ist, dass der Gemeinde derart hohe Restkosten verbleiben. Wenn wir etwa den Finanzplan der Gemeinde Albula für die Jahre 2023 bis 2027 anschauen, betragen die Nettoinvestitionen allein für die Rutschung Brienz zwischen 27 und 38 Prozent bei geplanten Nettoinvestitionen von 2,5 bis 5,4 Millionen Franken jährlich.

Nun, ich möchte an dieser Stelle nochmals herzlich für die Erarbeitung der Vorlage danken. Ich bin überzeugt, dass es der richtige Weg ist, vor allem auch für die betroffene Bevölkerung. Betroffen, wir haben es gehört, sind ja nicht nur die Liegenschaften in Brienz/Brinzauls, sondern auch wichtige kantonale Infrastrukturen wie die Kantonsstrasse, die Rhätische Bahn oder verschiedene Hochspannungsleitungen. Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten, dieser zuzustimmen und danke Ihnen für die Unterstützung.

Cortesi: Ich werde mich nicht zur Botschaft äussern und auch nicht zum Verpflichtungskredit. Ich bin auch nicht gegen diesen Verpflichtungskredit. Ich äussere mich zur

Ursachenerklärung. Ausgelöst wurde der Rutsch vermutlich durch die Abholzungen, die nach dem Brand von Brienz 1874 erforderlich wurden. Die Bewegung begann im November 1878 nach einer längeren Regenperiode und war am aktivsten im Winter 1878 und 1879 und von 1902 bis 1907. Damals drang der Schuttstrom täglich zirka einen Meter vor. Durch den Bau von Drainagen im Abrissgebiet und durch Aufforstungen 1947 bis 1955 hat die Bewegung sich beruhigt. Das habe nicht ich gesagt, sondern das steht in der freien Enzyklopädie Wikipedia. Also die Herstellung eines direkten Zusammenhangs, wie er mehrmals erwähnt wurde, mit der Rutschung und der entsprechenden Klimaerwärmung, die wir verzeichnen, steht aus meiner Sicht eher auf wackligen Füßen. Er dient weniger diesem Verpflichtungskredit, sondern der eigenen politischen Agenda. Fünü.

Ulber: Ich werde Ihnen keine Fakten und Zahlen und Distanzen etc. vorbringen. Ich möchte Ihnen ganz einfach als Bewohnerin der Nachbargemeinde Lantsch/Lenz ein paar Erläuterungen mitgeben. Die Rutschung Brienz ist schon seit Langem in Bewegung, nur nicht immer gleich schnell. Die Fahrt auf der Strasse nach Davos durch das Dorf Brienz ist immer wieder spannend. Hat sich die Strasse verändert? Ist die Ampel auf Rot oder ist der Berg gerade ruhig? Und ich, muss ich mein Auto wenden und einen anderen Weg suchen, oder kann ich heute frei durchfahren? Die Strasse von Lantsch/Lenz Richtung Tiefencastel hat eine grosse Sanierung erhalten und ist heute im Moment wieder sehr gut befahrbar. Bis vor Kurzem glich die Strasse nämlich eher einer grossen Schanze mit grossem Gefahrenpotenzial für alle Verkehrsteilnehmer. Die Strecke Tiefencastel nach Surava wird von ständigen Reparaturen und Korrekturen an der Strasse und RhB-Strecke über das ganze Jahr begleitet. Das heisst, Strasse, Bahngeleise, Kommunikationsverbindungen müssen mit viel Aufwand aufrechterhalten werden. Details wurden bereits vom Kommissionspräsidenten Wilhelm erklärt. Der Verpflichtungskredit für den Entwässerungstollen soll der Bevölkerung von dem Dorf Brienz und der Gemeinde Albula die Möglichkeit geben, ihre Heimat zu behalten, der Landwirtschaft eine gefahrenlose Bewirtschaftung der Wiesen, der RhB eine gefahrenlose Durchfahrt, den Zweitwohnungsbesitzern ihren Aufenthalt ohne Ängste zu geniessen, den Bewohnern von Brienz wieder ruhigere Nächte. Die Kosten für den Entwässerungstollen sind hoch im ersten Moment. Nur, es wird bei uns im Kanton immer wieder ähnliche Situationen geben. Wir leben in einem Kanton, der von Gegenden mit verschiedenen festen und schieferartigen Felsen umgeben ist. Nachdem die Voten vor mir sehr positiv ausgeführt wurden, bin ich überzeugt, dass Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dem Verpflichtungskredit zustimmen. Und dafür danke ich Ihnen jetzt schon.

Metzger: Mein schnellster Weg aus Zuoz nach Chur in den Grossen Rat führt durch das Rutschgebiet. Alleine darum verdient diese Strasse den grösstmöglichen Schutz. *Heiterkeit.* Dieser kostet und darf kosten. Ich bin deshalb für Eintreten und werde den Anträgen der Regierung zustimmen. Aber ich fordere die Regierung nach-

drücklich auf, bei ihrer Projektbegleitung und Überwachung sich immer wieder folgende Überlegungen zu machen: Graubünden, das sind Berge. Die Geschichte der Besiedelung der Alpen findet in Graubünden eines seiner Zentren. Die Rätier, die Walser, einst sogar auch die Veltliner in unseren Bergregionen wussten mit den besonderen Naturgewalten im Gebirge umzugehen. Sie respektierten die Gefahren und ordneten sich diesen Naturgewalten unter. Die Bergbewohner mussten das auch, wenn sie in diesen rauen und wunderschönen Bergen und Tälern überleben wollten. Die Natur war, das wussten die Bergler, immer stärker, Bau- und Ingenieurskunst zum Trotz. Weiler, Maiensässe, Fraktionen, ja ganze Dörfer mussten, über grössere historische Zeiträume betrachtet, immer wieder wegen Bergstürzen und Lawinenkatastrophen aufgegeben werden. Solche Ereignisse, so hart sie waren, waren immer auch Chancen für einen Neubeginn. Solche Naturereignisse werden in unserem Kantonsgebiet sich immer wieder ereignen. Die Alpen korrodieren, seit sie existieren. Das hat nichts mit Klimawandel zu tun. Wenn also die Massnahmen, für die nun die Finanzierung freigegeben werden soll, nichts nützen werden, und wenn die Naturgewalt dort stärker bleibt, dann muss uns die Regierung das schonungslos offenlegen. Dann müssen, so hart das sein wird, andere Massnahmen in Betracht gezogen werden. Ich denke da an die Verlegung der Erschliessungs- und Versorgungsstränge und Linien auf die andere Talseite und Massnahmen zur Verhinderung des Staus der Albula, auch wenn die Vorstellung darüber schwer vorstellbar ist. Die offene Bereitschaft dazu muss aber aufrecht erhalten bleiben.

Standespräsident Caviezel: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr und erteile das Wort Regierungsrat Mario Cavigelli.

Regierungsrat Cavigelli: Ich danke für die wohlwollende Aufnahme dieser Botschaft, und ich glaube, es ist gespürt worden, dass es primär darum geht, gegenüber den Brienzerinnen und Brienzern letztlich Vertrauen zu schaffen. Wir wollen Vertrauen schaffen, dass der Kanton, dass die gesamte Bündner Bevölkerung alles Mögliche und alles Vertretbare tut, um die Brienzerinnen und die Brienzer nicht alleine zu lassen in dieser Situation. Und es geht darum, auch über das Gemeindegebiet von Albula/Alvra hinaus, ein Zeichen zu setzen, ein Zeichen an die gesamte Bevölkerung in unserem Kanton und an alle Regionen in unserem Kanton, ein Zeichen, dass man in ähnlich schwierigen, aber für einen Gebirgskanton typischen Situationen, Hilfe erwarten kann. Somit ist es nicht primär eine Frage des Geldes, sondern primär eine Frage: Ist es möglich, ist es insgesamt vertretbar, hier Hilfe zu leisten?

Und wir haben verschiedene Voten gehört, die darauf hingewiesen haben, dass der Sondierungsstollen bereits erste Resultate hervorgebracht hat. Nämlich eine Verlangsamung in Teilen des Gefährdungsgebietes von gemäss Botschaft noch 150 Zentimetern pro Jahr auf neu 115 bis 120 Zentimetern pro Jahr. Und das zum Guten für die Gebäude, für die Infrastrukturen, auch für den Weg aus dem Engadin nach Chur für Herrn Metzger.

Letztlich, dass diese Infrastrukturen, diese Gebäude allfällig bewohnbar bleiben, dass sie allfällig nicht aufgegeben werden müssen.

Interessant ist doch für uns alle, dass es eigentlich eine technische Massnahme ist in einem riesigen Naturgebiet. Das hat mich immer wieder beeindruckt, das, ich sage einmal, selber einmal wahrzunehmen. Und ich hoffe, dass diese technische Sanierung letztlich nicht nur möglich ist, sondern dass sie dann auch gelingen möge. Ob sie dann eben effektiv gelingt, die effektiven Reduktionsdaten uns dann auch wirklich, ich sage einmal, irgendwann einmal auf den Tisch gelegt werden können, das werden ja dann erst die laufenden Überwachungsarbeiten zeigen, die laufenden Untersuchungen zeigen. Aber wir können heute trotzdem mit gutem Gewissen, mit einem guten Gefühl, die Meinung vertreten, dass wir dank dieser ersten Erkenntnisse eine realistische Chance haben, etwas tun zu können, etwas Nützliches tun zu können.

Lassen Sie mich auch aus der Sicht der Regierung, insbesondere auch für das Protokoll, noch gesagt haben: Es besteht tatsächlich ein erheblicher Zeitdruck, hier eine Lösung zu bringen, zu unterbreiten und letztlich bleibt nichts anderes übrig, als zeitgleich, zeitparallel in verschiedene Projekte, in verschiedene Untersuchungen zu investieren. Es ist eine Herausforderung, hier die wichtigen und weitreichenden Entscheide zu fällen, obwohl man eigentlich noch nicht volle Datengrundlage hat. Es sind wichtige Fragen noch offen. Wir kennen den Wirkungsgrad, den Wirkungsradius dieser Tiefenentwässerung noch nicht. Wir haben gute Beispiele. Wir haben auch das Beispiel vor Ort mit dem Sondierungsstollen. Wir können somit auch noch nicht, um das Votum von Herrn Metzger am Schluss aufzunehmen, sagen: Ist es jetzt wirklich verhältnismässig? Weil wir ja noch nicht genau wissen, was wir alles noch zu tun haben werden. Es wäre also auch noch möglich, dass sich eine weitere Beschleunigung vielleicht trotzdem nochmals ergeben sollte.

Was tun wir dann? Wenn Sie also heute entscheiden, und ich nehme an, dass der Rat heute diesem Verpflichtungskredit zustimmen wird, dann müssen wir wissen, dass wir eine gewisse Unsicherheit immanent haben in diesem Thema insgesamt und dass wir hier vor allem auf Vertrauen setzen, auf eine Grundlage des Vertrauens setzen wollen. Es ist nicht auszuschliessen, dass wir da und dort vielleicht einmal eine falsche Karte ziehen und somit vielleicht zusätzliche Aufwendungen generieren.

Ein wichtiger Aspekt nebst der Projektierung, die beschrieben worden ist, nebst dem Bau, wie er dann letztlich aussehen soll, insbesondere, dass wir auch wissen, dass die Anlage dann erst im 2028 in Betrieb gehen kann, ist noch zu unterstreichen: Was machen wir dann mit dem Betrieb, mit dem Unterhalt, mit der Überwachung dieser Anlage, dieses Tunnels? Das ist ja nicht gratis, und es wird periodisch auch notwendig sein, dass wir Instandsetzungsarbeiten machen. In normalen Fällen, in normalen Fällen, wo das Amt für Wald und Naturgefahren zusammen mit dem BAFU Beiträge spricht, geben wir Beiträge für die Investition, und wir verabschieden uns danach, mindestens im Kern, im Grundsatz. Das soll hier nicht unbedingt der Fall sein, weil, ich denke, es

ist der Gemeinde Albula/Alvra auch nicht zuzumuten, die riesigen Kosten, Betriebskosten, Unterhaltskosten, Überwachungskosten, Instandsetzungskosten, das sind dann nochmals grössere Brocken, periodisch, alleine zu übernehmen. Es wird eine Aufgabe von uns auch sein, uns damit auseinanderzusetzen, ob wir nicht einen Teil auch an laufende Kosten leisten wollen. Wir sind zurzeit damit befasst, Kanton und Bund, dieser Frage näher nachzugehen.

Es ist darauf hingewiesen worden, und ich möchte das auch unterstreichen, dass es auch für die Regierung wesentliche Grundlagen gewesen sind. Wir haben nicht nur rein wirtschaftliche Überlegungen angestellt. Niemand hat das hier im Saal getan, auch Herr Metzger nicht. Er hat einfach darauf hingewiesen, dass es irgendwann einmal so weit gehen könnte, dass der Bogen überspannt sei. Wir haben aber natürlich diese ganze emotionale Seite, diese soziokulturellen Werte auch mitberücksichtigt, und das habe ich fest gespürt hier im Saal. Es ist irgendwie bergkantonstypisch, dass wir das natürlich leicht verstehen. Ich möchte unterstreichen, dass das für uns auch ein wichtiges Argument gewesen ist, Ihnen diesen Kredit hier so zu unterbreiten.

Somit kann ich eigentlich abschliessen mit der Feststellung, dass wenn Sie Freigabe für diesen Verpflichtungskredit beschliessen, dann heisst dies Freigabe für diesen Kredit. Das heisst aber noch nicht, dass auch tatsächlich gebaut wird. Der Kommissionspräsident hat darauf hingewiesen, es wird einfach einmal Geld zur Verfügung gestellt. Dann, wenn wir weitere Daten aus der Überwachung, aus den Untersuchungen in Händen halten, diese weiterhin, ich sage einmal, auf Grün hinweisen, dann wird dann tatsächlich der Entscheid im Verlaufe des Sommers 2023 gefällt und mit dem Bau begonnen.

Ich möchte mich ganz herzlich bedanken für die Aufnahme hier im Saal. Vor allem aber möchte ich auch der Gemeindebevölkerung in Brienz und den umliegenden Fraktionen und der gesamten Gemeinde Albula/Alvra danken für, ich sage einmal, die kräftige, robuste Haltung, die hier an den Tag gelegt wird, seit mehreren Jahren mittlerweile, in dieser ausserordentlich schwierigen, anspruchsvollen Ausgangslage, wo man persönlich sich vielleicht als Mensch körperlich ein bisschen gefährdet fühlt, wo man sieht, wie das Vermögen zerfliesst wie Schnee an der Frühlingssonne, und dass man hier letztlich auch Haltung bewahrt. Das ist auch etwas Eindrückliches, und es ist auch der Wert, dies hier anzuerkennen, und wenn ich das sage, dann gilt dies potenziert noch mehr für die Gemeindebehörden, die in ganz schwierigen Situationen immer wieder den Diskurs, die Auseinandersetzung, die Erklärung mit ihrer Bevölkerung suchen müssen, mit Einheimischen, mit Gästen. Ich ziehe hier wirklich den Hut, und ich möchte auch meinem Eindruck, sagen wir einmal, Worte verleihen, dass es schwieriger ist, in dieser Situation Gemeindepräsident oder Gemeindevorstandsmitglied zu sein, als wenn das Ereignis schon geschehen ist. Wenn es geschehen ist, kann man die Gummistiefel anziehen und versuchen, ja, ich sage einmal, Einsatz zu geben. Man ist ja letztlich nicht verantwortlich, in Anführungs- und Schlusszeichen. Aber wenn die Gefahr da ist, wenn sie droht, permanent Erklärungen gegeben werden müssen, und man

letztlich die schnelle Lösung nicht gerade offerieren kann, dann braucht es schon mehr Verdrängungskraft der Behörden, und das haben Sie an den Tag gelegt. Also, meinen herzlichen Dank dem Gemeindepräsidenten Daniel Albertin, den Gemeindevorstandsmitgliedern und dem ganzen Gemeindeführungstab. Ich danke, wenn Sie eintreten.

Standespräsident Caviezel: Jetzt haben Sie mich mit der Kürze Ihres Votums überrascht, Herr Regierungsrat. *Heiterkeit.* Nun gut, ich stelle fest, Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Standespräsident Caviezel: Somit fahren wir mit der Detailberatung fort und zwar nach der Botschaft der Regierung Seite 435 und folgende. In Absprache mit dem Kommissionspräsidenten schlage ich Ihnen folgendes Vorgehen vor: Wir arbeiten die Botschaft Kapitel um Kapitel durch. Wenn Sie Fragen oder Bemerkungen zu einem Kapitel haben, können Sie sich jeweils dann zu Wort melden, wenn wir bei der Beratung von diesem Kapitel sind. I. Ausgangslage. 1. Bewegungen der Rutschung Brienz/Brinzauls. Herr Kommissionspräsident?

Wilhelm; Kommissionspräsident: Die Ausgangslage wurde im Eintreten eingehend erläutert und auch ergänzt. Ich habe hier keine weiteren Bemerkungen.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Diskussion? Herr Regierungsrat? 2. Überwachung der Rutschung Brienz/Brinzauls. Herr Kommissionspräsident?

Wilhelm; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caviezel: Mitglieder der Kommission? Allgemeine Bemerkungen? Herr Regierungsrat? 3. Untersuchung der Rutsche Brienz/Brinzauls. Herr Kommissionspräsident?

Wilhelm; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Debatte? Herr Regierungsrat? II. Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse (Stand Mai 2022). Herr Kommissionspräsident?

Wilhelm; Kommissionspräsident: Keine Bemerkungen.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Debatte? Herr Regierungsrat? III. Bisherige Aufwendungen im Rahmen subventionierter Projekte. Herr Kommissionspräsident?

Wilhelm; Kommissionspräsident: Da möchte ich kurz darauf hinweisen, Sie haben gesehen, dass Stand Bot-

schaft rund 27,7 Millionen Franken, Stand heute übrigens bereits 29,2 Millionen Franken für diverse Massnahmen gesprochen wurden. Mit dem Verpflichtungskredit zusammen sind wir dann bei Kosten von rund 70 Millionen Franken. Ich sage das deswegen, weil das wichtig zu bemerken ist, dass das Projekt ein Verbundprojekt mit dem Bund ist, und dieser macht Vorgaben in Bezug auf Kosten-Nutzen-Überlegungen. Wir haben natürlich auch in der Kommission nach diesen Kosten-Nutzen-Überlegungen gefragt und Einblick erhalten. Das wirtschaftlich gerechtfertigte Investitionsvolumen leitet sich demnach aus der Risikoverminderung, dem Nutzen, ab, die damit eben erzielt wird. Und gemäss aktuellen Schätzungen liegt das gesamte Schadenpotenzial bei über 177 Millionen Franken für direkte Sachschäden und das sich daraus ableitende wirtschaftlich gerechtfertigte Investitionsvolumen bei rund 80 Millionen Franken allein zur Beruhigung der Rutschung Dorf. Wenn dann auch noch eine Beruhigung der Rutschung Berg erzielt würde, dürften die gerechtfertigten Investitionskosten noch weit höher liegen. Ich sage das, um Ihnen zu sagen, wir liegen mit den bisherigen Aufwendungen und dem heute zu genehmigenden Kredit im Range.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Herr Regierungsrat? IV. Entwässerungsstollen. 1. Rahmenbedingungen für das Variantenstudium. Herr Kommissionspräsident?

Wilhelm; Kommissionspräsident: Keine Bemerkung.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Herr Regierungsrat? 2. Varianten Linienführung. Herr Kommissionspräsident?

Wilhelm; Kommissionspräsident: Keine Bemerkung.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Debatte? Herr Regierungsrat? 3. Drainagebohrungen aus Entwässerungsstollen. Herr Kommissionspräsident?

Wilhelm; Kommissionspräsident: Keine Bemerkung.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Herr Regierungsrat? V. Variantenvergleich, Herr Kommissionspräsident?

Wilhelm; Kommissionspräsident: Hier darf man höchstens anmerken, dass aus der Kommissionsarbeit und auch auf heutigem Wissensstand klar ist, dass davon ausgegangen werden darf, dass die auch in der Botschaft favorisierte Linienführung 1 weiterverfolgt werden kann. Auf ihr basiert nämlich das aktuelle Bau- und Auflagenprojekt.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Herr Regierungsrat? VI. Kosten. Herr Kommissionspräsident?

Wilhelm; Kommissionspräsident: Hier hat die KUVE einige Fragen gestellt, ich mache kurze Ausführungen dazu. Eine Prognose der Kosten ist, wie erwähnt, aufgrund des iterativen Prozesses nicht ganz einfach. Die Tabelle zeigt die Kosten für verschiedene Lösungsvarianten, und ich habe gerade eben erwähnt, dass hier Variante 1 die ist, die jetzt auch weiterverfolgt wird und die wird eben auch durch den beantragten Kredit von 40 Millionen Franken abgedeckt. Noch nicht abschliessend bekannt ist die Grössenordnung der jährlichen Unterhaltskosten. Auch nach diesen hat die KUVE gefragt. Und das ist nun eben auch stark abhängig davon, welche Variante oder Untervariante dann tatsächlich gewählt werden kann. Am unproblematischsten hier wäre Variante 1a, weil dort alle Infrastrukturen im festen Fels zu liegen kämen. Eine Annäherung der Betriebs- und Unterhaltskosten hat das DIEM der KUVE dargelegt, auch im Vergleich mit den beiden bereits erfolgreich betriebenen Entwässerungsanlagen im Tessin respektive in der Waadt. Und je nach Szenario muss im Betrieb von jährlichen Kosten zwischen 300 000 Franken und im schlimmsten Fall 800 000 Franken ausgegangen werden, je nachdem, wie viele Bohrungen dann eben auch allenfalls in der Rutschmasse nötig würden.

Und hierbei ist wichtig zu bemerken, normalerweise ist für die Finanzierung von Betrieb und Unterhalt die Bauherrschaft respektive die Werkeigentümerin zuständig, was in diesem Falle die Gemeinde wäre. Allerdings muss gesagt werden, dass die hier notwendigen Unterhaltsarbeiten mindestens zum Teil zwingend sind, um die Funktionsfähigkeit der Schutzbaute dauerhaft zu gewährleisten. Und deshalb wird aktuell auch eine Subventionierung von Betriebsunterhalts-, Überwachungs- und Instandsetzungsarbeiten durch Bund und Kanton geprüft, was sicher im Hinblick auch auf die künftige Belastung der Gemeinde wichtig ist.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Herr Regierungsrat? VII. Finanzierung. 1. Gesetzliche Grundlagen. Herr Kommissionspräsident?

Wilhelm; Kommissionspräsident: Dazu habe ich einleitend einiges gesagt. Die KUVE hat sich hier aber insbesondere mit den zehn Prozent Restkosten auch nochmals befasst, weil es auch hier um die Frage ging, wie dann die Belastung der Gemeinde aussieht. Die Belastung oder diese zehn Prozent trägt ja, wie gehört, die Antragstellerin, das ist die Gemeinde Albula/Alvra, wobei sich eben hier auch die Nutzniessenden der Massnahmen zu beteiligen haben. Wir wollten wissen in der KUVE, wie die entsprechende Zuteilung der Restkosten erfolgen würde. Und wir haben dazu Einblick erhalten in eine umfassende Risikobeurteilung, die gemacht wird, die dann aufzeigt, welche Infrastrukturen in welchem Masse von Schäden betroffen sind oder auch noch betroffen werden können und wie gross in Anteilen die Betroffenheit der Nutzenden der weiteren Beteiligten ist. Aus Sicht der KUVE macht dieses Vorgehen zur Festlegung der Restkosten viel Sinn, weil damit eine Objektivierung respektive eine Versachlichung der Diskussion um diese Restkostenteilung erfolgen kann.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Allgemeine Debatte? Herr Regierungsrat? 2. Finanzkompetenzen und Kreditbereitstellung. Herr Kommissionspräsident?

Wilhelm; Kommissionspräsident: Keine Bemerkung.

Standespräsident Caviezel: Weitere Mitglieder der Kommission? Wortmeldungen aus dem Plenum? Herr Regierungsrat? Somit haben wir die Botschaft durchberaten. Und ich frage Sie an, möchte jemand noch auf einen Abschnitt zurückkommen, oder wünscht jemand eine zweite Lesung? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zu VIII. zu den Anträgen auf Seite 459 der Botschaft.

Antrag Kommission und Regierung

1. Für die Gewährung eines Investitionsbeitrages an den Bau des Entwässerungsstollens der Gemeinde Albula/Alvra wird ein Verpflichtungskredit als Objektkredit von brutto 40 Millionen Franken (Kostenstand 1. April 2022) genehmigt. Bei einer Änderung des Schweizerischen Baupreisindexes Sparte «Tiefbau» verändert sich dieser Kreditbetrag entsprechend.
2. Der Investitionsbeitrag gemäss Ziffer 1 ist vom finanzpolitischen Richtwert Nr. 2 betreffend die Nettoinvestitionen auszunehmen.
3. Der Beschluss gemäss Ziffer 1 untersteht nicht dem Finanzreferendum.

Standespräsident Caviezel: In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit schlage ich Ihnen folgendes Vorgehen vor: Ich lese Ihnen alle Anträge vor, und wir stimmen in globo darüber ab. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden, oder wünschen Sie, dass wir über jeden Antrag einzeln abstimmen? Das ist nicht der Fall. Dann lese ich Ihnen die Anträge vor. 1. Für die Gewährung eines Investitionsbeitrages an den Bau des Entwässerungsstollens der Gemeinde Albula/Alvra wird ein Verpflichtungskredit als Objektkredit von brutto 40 Millionen Franken (Kostenstand 1. April 2022) genehmigt. Bei einer Änderung des Schweizerischen Baupreisindexes Sparte «Tiefbau» verändert sich dieser Kreditbetrag entsprechend. 2. Der Investitionsbeitrag gemäss Ziffer 1 ist vom finanzpolitischen Richtwert Nr. 2 betreffend die Nettoinvestitionen auszunehmen. 3. Der Beschluss gemäss Ziffer 1 untersteht nicht dem Finanzreferendum. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Verpflichtungskredit Entwässerungsstollen Brienz/Brinzauls zustimmen möchte, drücke bitte die Taste Plus, wer dem nicht zustimmen möchte, drücke bitte die Taste Minus, und für Enthaltungen drücken Sie die Taste Null. Die Abstimmung läuft jetzt. Sie haben dem Verpflichtungskredit mit 110 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Abstimmung

Der Grosse Rat stimmt den Anträgen Ziffern 1 bis 3 der Kommission und Regierung in globo mit 110 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Standespräsident Caviezel: Gerne erteile ich dem Kommissionspräsidenten Grossrat Wilhelm das Wort für ein Schlusswort.

Wilhelm; Kommissionspräsident: Für die bereits geführte Diskussion aber auch für den einstimmigen Entscheid möchte ich dem Rat herzlich danken. Dank gilt aber auch allen Beteiligten an diesem Geschäft: Regierungsrat Cavigelli für die politische Begleitung, Kantonsförster Urban Maissen und Christian Wilhelm für die sachgerechte Information, und natürlich auch allen beteiligten Fachleuten des AWN für ihren Einsatz zugunsten der Bündner Bevölkerung. Ich danke auch den Mitgliedern der KUVE für kritische Fragen im Hinblick auf eine sachliche und vertiefte Abklärung und natürlich auch Gian-Reto Meier-Gort für die organisatorische und protokollarische Unterstützung der Kommission. Ich möchte namens des Grossen Rates der Gemeinde Albula/Alvra und allen an den weiteren Arbeiten Beteiligten innigst viel Erfolg wünschen und insbesondere der betroffenen Bevölkerung von Brienz/Brinzauls viel Kraft bei der Bewältigung der angespannten Situation.

Standespräsident Caviezel: Gemäss Arbeitsplan fahren wir fort mit den Wahlgeschäften an den verschiedenen Gerichten. Wahlen Verwaltungsgeschäft Graubünden, Präsidium, Vizepräsidium und eine Richterin/ein Richter für den Rest der Amtsperiode 1.1.2021 bis 31.12.2024, Ersatzwahlen. Wir beginnen mit der Ersatzwahl ins Verwaltungsgericht von Graubünden. Hierzu erteile ich der Kommissionspräsidentin für die Justiz und Sicherheit, KJS, Grossrätin Müller, das Wort.

Wahlen Verwaltungsgeschäft Graubünden (Präsidium, Vizepräsidium und eine Richterin/ein Richter für den Rest der Amtsperiode 1.1.2021 - 31.12.2024) (Ersatzwahlen)

Müller; Kommissionspräsidentin: Ich erlaube mir, zu den gesamten Wahlen an das Verwaltungsgericht einige Ausführungen zu machen. Aufgrund des Rücktrittes von Verwaltungsgerichtspräsident Urs Meisser hat der Grosse Rat Ersatzwahlen für das Verwaltungsgericht vorzunehmen. Der Grosse Rat ist gemäss Art. 36 Kantonsverfassung in Verbindung mit Art. 57 Grossratsgesetz die Wahlbehörde des Verwaltungsgerichtes und hat dabei die Stärke der Fraktionen zu berücksichtigen. Die PK, die Präsidentinnenkonferenz, hat aufgrund der Stärke der Grossratsfraktionen entschieden, dass der frei werdende Sitz am Verwaltungsgericht der SVP zusteht und das frei werdende Präsidium von der FDP und das Vizepräsidium von der SP besetzt werden soll. Die Kommission für Justiz und Sicherheit ist gemäss Art. 22 ff. Gerichtsorganisationsgesetz zuständig für die Vorbereitung der Wahlen an das Verwaltungsgericht. Die KJS hat dementsprechend den frei werdenden Sitz öffentlich ausgeschrieben und die Bewerberin auf ihre persönliche und fachliche Eignung geprüft und zuhanden des Grossen Rates die Eignung der sich zur Wahl stellenden Frau lic. iur. Brigitte Brun festgestellt. Frau Brun ist Mitglied der SVP

und erfüllt somit auch die Anforderungen an den Fraktionenproporz. Durch den Rücktritt von Verwaltungsgerichtspräsident Urs Meisser gilt es zusätzlich, das Präsidium neu zu besetzen. Für das Präsidium des Verwaltungsgerichtes stellt sich Verwaltungsgerichtsvicepräsident Dr. iur. Thomas Audétat zur Verfügung. Für den entsprechend freiwerdenden Sitz im Vizepräsidium stellt sich Verwaltungsrichterin Dr. iur. LL.M. Ramona Pedretti zur Verfügung. Mit Verwaltungsrichter Audétat und Verwaltungsrichterin Pedretti konnte sich die Kommission für Justiz und Sicherheit im Vorfeld dieser Wahlen austauschen. Ich gebe das Wort zurück und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Standespräsident Caviezel: Wünschen weitere Mitglieder der Kommission das Wort? Gibt es Wortmeldungen aus dem Plenum? Wie Sie Ihren Unterlagen und den Ausführungen haben entnehmen können, wird als Richterin für den Rest der Amtsperiode 2021 bis 2024 Frau lic. iur. Brigitte Brun vorgeschlagen. Wird dieser Wahlvorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Wir kommen somit zur Wahl. Gemäss Art. 22 Abs. 3 des Gerichtsorganisationsgesetzes in Verbindung mit Art. 57 und 58 des Grossratsgesetzes wird schriftlich und geheim gewählt. Ich bitte die Stimmzählenden, die Wahlzettel zu verteilen. Ich bitte die Stimmzählenden, die Wahlzettel wieder einzusammeln. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es gibt einige unter Ihnen, die die Spesenzettel nicht abgegeben haben. Wenn Sie Geld möchten für die Dezembersession, dann tun Sie das bitte noch. Das gilt auch für junge Grossrätinnen, Grossrätin Kocher. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen? Ich würde Ihnen gerne das Wahlergebnis bekanntgeben, wenn Sie denn Platz nehmen würden und ein wenig Ruhe im Saal einkehren lassen würden. Danke. Abgegebene Stimmzettel: 120. Davon leer und ungültig: 19. Gültige Stimmzettel: 101. Absolutes Mehr: 51. Gewählt ist mit 99 Stimmen Frau Brigitte Brun. *Applaus.*

Richter/Richterin Verwaltungsgericht

Bei 120 abgegebenen und 101 gültigen Wahlzetteln, 101 gültigen Kandidatenstimmen und einem absoluten Mehr von 51, wird Brigitte Brun mit 99 Stimmen gewählt. Einzelne: 2 Stimmen

Standespräsident Caviezel: Ich gratuliere Frau Brun zu ihrer Wahl und wünsche ihr viel Erfolg und Befriedigung im Amt. Wir fahren gleich fort mit der nächsten Wahl. Durch den Rücktritt von Urs Meisser ist auch das Präsidium am Verwaltungsgericht neu zu besetzen. Vorgeschlagen ist Verwaltungsgerichtsvicepräsident Thomas Audétat. Sie finden den Namen ebenfalls auf der Wahlvorschlagsliste in Ihren Unterlagen. Wird dieser Wahlvorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Stimmzählenden, die Wahlzettel zu verteilen. Ich möchte Sie noch darauf aufmerksam machen, liebe Stimmzählenden, es dürfen nur Wahlzettel verteilt werden an Leute, die auch am Platz sitzen, nicht Leuten, die Ihnen hinterherlaufen. Danke. Ich bitte die Stimmzählenden, die Wahlzettel wieder einzusammeln. Vielen Dank. Geschätzte Kolleginnen und Kolle-

gen, darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen? Und wenn Sie dann Platz genommen haben, wäre es schön, wenn auch noch ein wenig Ruhe im Saal einkehren würde. Danke. Abgegebene Stimmzettel: 116. Davon leer und ungültig: 8. Gültige Stimmzettel: 108. Gesamtzahl der gültigen Kandidatenstimmen: 108. Absolutes Mehr: 55. Gewählt ist mit 105 Stimmen Thomas Audétat. *Applaus.*

Präsidium Verwaltungsgericht

Bei 116 abgegebenen und 108 gültigen Wahlzetteln, 108 gültigen Kandidatenstimmen und einem absoluten Mehr von 55, wird Thomas Audétat mit 105 Stimmen gewählt. Einzelne: 3 Stimmen

Standespräsident Caviezel: Ich gratuliere Thomas Audétat zu seiner Wahl und wünsche auch ihm viel Erfolg und Befriedigung im Amt des Verwaltungsgerichtspräsidenten. Als Nächstes ist das Vizepräsidium neu zu besetzen, da der Vizepräsident ja jetzt aufgestiegen ist. Den Unterlagen können Sie entnehmen, dass hierfür Verwaltungsrichterin Ramona Pedretti vorgeschlagen ist. Ich frage Sie an: Wird dieser Wahlvorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Stimmzählenden, die Wahlzettel zu verteilen. Ich bitte die Stimmzählenden, die Wahlzettel wieder einzusammeln. Vielen Dank. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen? Ich gebe Ihnen das Resultat bekannt. Abgegebene Stimmzettel: 116. Davon leer und ungültig: 3. Gültige Stimmzettel: 113. Gesamtzahl der gültigen Kandidatenstimmen: 113. Absolutes Mehr: 57. Gewählt ist mit 109 Stimmen Ramona Pedretti. *Applaus.*

Vizepräsidium Verwaltungsgericht

Bei 116 abgegebenen und 113 gültigen Wahlzetteln, 113 gültigen Kandidatenstimmen und einem absoluten Mehr von 57, wird Ramona Pedretti mit 109 Stimmen gewählt. Einzelne: 4 Stimmen

Standespräsident Caviezel: Ich gratuliere der neuen Verwaltungsgerichtsvicepräsidentin Ramona Pedretti zu ihrer ehrenvollen Wahl und wünsche ihr ebenfalls viel Erfolg und Befriedigung in der Ausübung ihres Amtes. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich schalte nun eine Pause ein bis 16.25 Uhr und bitte Sie wirklich, um 16.25 Uhr hier zu sein. Wir haben noch zwei Wahlen, die wir machen müssen, und dann die Verabschiedungen der beiden Herren sehr verdienten Regierungsräte. Also seien Sie bitte in 20 Minuten wieder zurück.

Pause

Standespräsident Caviezel: Darf ich Sie bitten, Platz zu nehmen? Wir kommen gleich zum nächsten Wahlgeschäft. Es handelt sich auch hier um Ersatzwahlen, und zwar für das kantonale Zwangsmassnahmengericht.

Bezeichnung zweier Mitglieder (Präsident und Stellvertreter) für das kantonale Zwangsmassnahmengericht für den Rest der Amtsperiode 1.1.2021 - 31.12.2024 (Ersatzwahlen)

Standespräsident Caviezel: Durch den Rücktritt von Regionalgerichtspräsident Guyan ist das Amt des Einzelrichters neu zu besetzen. Gemäss Art. 34 Gerichtsorganisationsgesetz bezeichnet der Grosse Rat die Mitglieder des kantonalen Zwangsmassnahmengerichts auf Antrag des Kantonsgerichts aus dem Kreis der voll- und hauptamtlichen Mitglieder der Regionalgerichte für die Dauer von vier Jahren. Den Wahlvorschlag finden Sie auch auf der Wahlvorschlagsliste in Ihren Unterlagen. Vorgeschlagen ist als Einzelrichter der Regionalgerichtspräsident Plessur, Philipp Annen. Gemäss Art. 58 Abs. 1 Grossratsgesetz handelt es sich hier auch um eine schriftliche und geheime Wahl. Ich bitte deshalb die Stimmzählenden, die Wahlzettel zu verteilen. Darf ich die Stimmzählenden bitten, die Wahlzettel wieder einzusammeln und auszuzählen? Vielen Dank. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe Ihnen das Resultat bekannt. Abgegebene Stimmzettel: 106. Davon leer und ungültig: 4. Gültige Stimmzettel: 102. Gesamtzahl der gültigen Kandidatenstimmen: 102. Absolutes Mehr: 52. Gewählt ist mit 102 Stimmen Philipp Annen. *Applaus.*

Einzelrichter

Bei 106 abgegebenen und 102 gültigen Wahlzetteln, 102 gültigen Kandidatenstimmen und einem absoluten Mehr von 52, wird Philipp Annen mit 102 Stimmen bezeichnet.

Einzelne: 0 Stimmen

Standespräsident Caviezel: Ich gratuliere Herr Annen zu seiner glanzvollen Wahl und wünsche ihm alles Gute in seiner neuen Funktion als Einzelrichter am kantonalen Zwangsmassnahmengericht. Da Herr Annen nun vom Stellvertreter am Zwangsmassnahmengericht zum Einzelrichter aufgestiegen ist, müssen wir zu guter Letzt noch einen neuen Stellvertreter für das kantonale Zwangsmassnahmengericht bezeichnen. Vorgeschlagen ist Regionalrichter Xavier Dobler. Das können Sie ebenfalls Ihrer Wahlvorschlagsliste in Ihren Sessionsunterlagen entnehmen. Ich bitte die Stimmzählenden, die Wahlzettel zu verteilen. Darf ich die Stimmzählenden bitten, die Wahlzettel wieder einzusammeln und auszuzählen? Vielen Dank. Ich gebe Ihnen das Resultat bekannt, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Abgegebene Stimmzettel: 111. Davon leer und ungültig: 3. Gültige Stimmzettel: 108. Gesamtzahl der gültigen Kandidatenstimmen: 108. Absolutes Mehr: 55. Gewählt ist mit 108 Stimmen Xavier Dobler. *Applaus.*

Stellvertreter

Bei 111 abgegebenen und 108 gültigen Wahlzetteln, 108 gültigen Kandidatenstimmen und einem absoluten Mehr von 55, wird Xavier Dobler mit 108 Stimmen bezeichnet.

Einzelne: 0 Stimmen

Standespräsident Caviezel: Ich gratuliere Ihnen, Herr Dobler, zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen viel Freude und persönliche Befriedigung im neuen Amt.

Verabschiedung der Regierungsräte Dr. Mario Cavigelli und Dr. Christian Rathgeb

Standespräsident Caviezel: Ich weiss nicht genau, ob Grossrat von Ballmoos nun das Wort wünscht zur Verabschiedung der beiden Herren Regierungsräte. Nicht? Dann bitte ich Sie, doch Platz zu nehmen, bitte.

Diese Session des Grossen Rats war für Mario Cavigelli und Christian Rathgeb die letzte, welche sie in ihrer Eigenschaft als Regierungsmitglieder bestritten haben. Mario Cavigelli wurde am 13. Juni 2010, Christian Rathgeb am 29. Januar 2012 in die Regierung gewählt. Ende Jahr werden sie nach zwölf Jahren bzw. zehn Jahren und zehn Monaten wegen Amtszeitbeschränkung aus dem Amt scheiden. Mir fällt heute die Ehre zu, die beiden verdienten Magistratspersonen im Namen des Grossen Rats und auch der Bündner Bevölkerung zu würdigen.

Die Verabschiedung fällt mir nicht leicht. Sowohl Mario Cavigelli als auch Christian Rathgeb haben in ihrem Amt hervorragende und nachhaltige Arbeit geleistet – sie werden in diesem Rat fehlen. Auch wenn man sich politisch nicht immer einig war, werden beide Persönlichkeiten über die Parteigrenzen hinweg sehr geschätzt. Ich bedaure es sehr, dass wir künftig auf zwei so verdiente und erfolgreiche Regierungsmitglieder verzichten müssen. Es werden uns auch die von beiden auf ihre jeweils eigene Art geführten politischen Debatten fehlen. Wenn zum Teil auch hartnäckig, waren die Auseinandersetzungen jedoch stets der Sache verpflichtet und regelmässig von einer Prise Humor begleitet. Ihre engagierten Voten und die kollegialen sowie freundschaftlichen Beziehungen werden wir vermissen!

Regierungsrat Dr. Mario Cavigelli übernahm am 1. Januar 2011 das Departement für Infrastruktur, Energie und Mobilität (damals Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement) und ist bis heute dessen Vorsteher. In den Jahren 2014, 2018 und 2021 amtierte er als Regierungspräsident.

Kaum im Amt wurde Mario Cavigelli intensiv mit der Schieflage rund um das Areal der kurz zuvor in Konkurs gefallenen Grosssägerei in Domat/Ems konfrontiert. Bereits an dieser Stelle offenbarte Mario Cavigelli sein feines politisches und volkswirtschaftliches Gespür und seinen Willen, mutige Entscheidungen zu treffen. Ein Geschäft, das ihn einen Grossteil seiner Amtszeit begleiten sollte, fiel ins Jahr 2012, als die Eidgenössische Wettbewerbskommission (WEKO) im Kanton Graubünden über den Zeitraum der Nuller-Jahre eine Untersuchung wegen Verdachts auf unzulässige Wettbewerbsabreden gegen verschiedene Bauunternehmen, tätig im Bereich des Strassen-, Tief- und Hochbaus, eröffnete. Dieses Geschäft fand mit den Vergleichszahlungen der involvierten Unternehmen an den Kanton und an rund 80 Gemeinden sowie mit der umfassenden politischen Aufarbeitung im Rahmen der ersten PUK in der Geschichte

des Kantons im Jahr 2021 seinen wohlbekannten Abschluss. Das Vereinbaren von Vergleichszahlungen stellte schweizweit ein Novum dar und es legte die Spur für eine Revision des eidgenössischen Kartellrechts.

Mario Cavigelli hat während seiner Amtszeit in verschiedensten Politikbereichen Schwerpunkte gesetzt.

Zwei Jagdinitiativen (die Sonderjagdinitiative und die Volksinitiative «Für eine naturverträgliche und ethische Jagd») verbunden mit einer Teilrevision des kantonalen Jagdgesetzes und der Präsenz der Grossraubtiere Bär und Wolf und der damit einhergehende Dialog mit der Jägerschaft und weiteren interessierten Kreisen begleiteten Mario Cavigelli ebenfalls durch beinahe seine gesamte Amtszeit, teilweise auch mit politischen Angriffen auf seine Person. Auch in diesem Thema überzeugte Mario Cavigelli mit beeindruckender Dossier- und Fachkenntnis. Dank einer engagierten Informationspolitik gelang es nicht nur, die Abstimmungen zu gewinnen, sondern auch die Kommunikation zwischen Jägerschaft, Interessengruppen und Behörden nachhaltig zu stärken. Die Rückkehr verschiedener Grossraubtierarten, insbesondere die rasche Entstehung mehrerer Wolfsrudel im Kanton, verlangte besonderes Fingerspitzengefühl auch im Verhältnis zu Bundesbern - die Regulierungsforderungen des Kantons fielen in seine Amtszeit und blieben letztlich nicht ungehört.

Parallel zur Reform des Finanzausgleichs 2014 stiess Mario Cavigelli eine Teilrevision des Strassengesetzes an und wirkte während seiner Amtszeit bei drei Strassen- und Strassenbauprogrammen mit. Mit dem jüngsten Programm stiess er eine verstärkte Gewichtung des Strassenraums im Innerortsbereich und des Langsamverkehrs an. Auch ebnete er 2019 in der Regierung den Weg für den «Sachplan Velo».

Unter seiner Leitung wurde das kantonale Waldgesetz 2021 revidiert und so die Basis für ein Integrales Risikomanagement bei Naturgefahren gelegt. Im selben Jahr wurde mit dem neuen Bündner Energiegesetz eines der modernsten kantonalen Energiegesetze in der Schweiz in Kraft gesetzt, darunter die schweizweit erste Förderung von Solar-Winterstrom. Im laufenden Jahr wurde die Wasserkraftstrategie mit Wirkkraft für lange Jahrzehnte vom Grossen Rat verabschiedet und schliesslich mit dem totalrevidierten Gesetz der öffentliche Verkehr auf eine neue, flexible und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasste Grundlage gestellt.

Mario Cavigelli hatte Freude am Bauen und am Erstellen von wichtiger kantonalen Infrastruktur. Er interessierte sich für Architektur, die Ingenieurbaukunst und den Städtebau; die Ästhetik und die Wirkung von Infrastrukturen auf die Umgebung waren ihm immer wichtig. Zahlreiche prägende Grossprojekte, wie das Regionale Verwaltungszentrum «sinergia», das Bündner Kunstmuseum, die Justizvollzugsanstalt Tignez in Cazis, der TBA-Unterhaltsstützpunkt auf dem Berninapass, aber auch viele andere Bauten, wie der Umbau und die Erweiterung des Staatsgebäudes für das neue Obergericht oder das jüngst vom Grossen Rat beschlossene Fachhochschulzentrum, beschäftigten Mario Cavigelli in seiner Amtszeit intensiv. Hinzu kommen die zahlreichen Infrastrukturprojekte im Bereich Verkehrswesen und Wasserbau.

Unzählige Eröffnungen und Spatenstiche, Tunneldurchstiche und Anschüsse prägten die Zeit im Strassenwesen. «Rein von der äusseren Wahrnehmung her finde ich das Pompöse eines Anschliessens sehr eindrücklich», meinte er einst auf die Frage eines Journalisten, was er denn am liebsten habe – Brücken, Tunnels oder Strassen? Mit den erfolgreich umgesetzten Umfahrungen Saas, Küblis, Silvaplana und Ilanz – um nur einige zu nennen – wurde seiner Vorstellung hinlänglich Rechnung getragen.

Überhaupt stand nicht nur das Durchschneiden von Bändern im Fokus seiner Amtszeit. Viele Jahre Arbeit – motiviert und begeistert, gründlich analysierend, manchmal auch von Kritik und Selbstkritik geprägt und von der Öffentlichkeit oft ungesehen – stecken hinter jeder Feierlichkeit und jedem abgeschlossenen Projekt.

Ein wichtiges Anliegen war Mario Cavigelli immer auch die Vernetzung im interkantonalen und nationalen Kontext, wo er sich bereits ab seinem zweiten Amtsjahr für vier Jahre als Präsident der Regierungskonferenz der Gebirgskantone und danach für knapp sieben Jahre als Präsident der schweizerischen Energiedirektorenkonferenz auch national Gehör und Anerkennung verschaffte. Dies zeigte sich namentlich im Bereich der kantonalen und nationalen Strompolitik, ein Thema, das ihm im Nachgang an die Nuklearkatastrophe von Fukushima unmittelbar nach seinem Amtsantritt 2011 und der darauffolgenden Sonderdebatte im Grossen Rat einen intensiven Start in seine Amtszeit als Regierungsrat bescherte.

Das Thema sollte programmatisch für seine ganze Amtszeit werden. Als Rechtsanwalt, der im Privatrecht zuhause war, fand er so schnell Gefallen an den Tiefen des öffentlich-rechtlichen Wasserrechts wie auch an der Strom- und Energiepolitik überhaupt. Der Wasserkraft und den Interessen der Gebirgskantone galt dabei seine besondere, ungeteilte Aufmerksamkeit. Bei beiden Wasserzinsrunden auf Bundesebene – beide zu Zeiten, als das Thema hoch kontrovers diskutiert worden war – hat sich Mario Cavigelli an vorderster Front und erfolgreich für die Wasserschlosskantone eingesetzt; auch geht die sog. Marktprämie für die Grosswasserkraft auf sein Mitwirken zurück. Ab 2016 als Vorstandsmitglied der Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektorenkonferenz (BPUK) trieb er das gesamtschweizerische Beschaffungsrecht wesentlich voran. Ein wichtiger Erfolg war die Verabschiedung der IVöB 2019, womit das Konkordat zum interkantonalen Beschaffungsrecht gegründet wurde. Das Konkordat, dem bereits in diesem Jahr der Kanton Graubünden auch beigetreten ist, trat rasch in Kraft und ist ein Erfolgsmodell.

Als Präsident der Stiftung «Interkantonale Försterschule Maienfeld» (IFM) hatte Mario Cavigelli ebenfalls kurz nach seinem Amtsantritt als Regierungsrat mit dem grössten Bauprojekt der Försterschule seit der Erstellung des Neubaus im Bovel, Maienfeld, zu tun. Ihm gelang es, die Konkordatskantone und das Fürstentum Liechtenstein – trotz teilweise grundsätzlicher anfänglicher Skepsis – von einer Mitfinanzierung dieser Grossinvestition zu überzeugen. Im Bildungsbereich hat die Försterschule unter seiner Führung zwei gewichtige Entwicklungen vorantreiben können. So konnte 2014 die Fachstelle «Forstliche Bautechnik» gegründet werden und den

Betrieb aufnehmen und 2019 der erste berufsbegleitende Lehrgang Förster HF ins Leben gerufen werden.

Mario Cavigelli war stets hervorragend vorbereitet und mit seinen detaillierten Ausführungen erstaunte er selbst Fachleute immer wieder. Auch bei den Debatten im Grossen Rat verlor er nie die Übersicht und erläuterte die Faktenlage sehr, sehr, sehr ausführlich *Heiterkeit* und kenntnisreich. Während seiner Amtszeit wurden alle dem Grossen Rat unterbreiteten Botschaften gutgeheissen und die damit verbundenen Gesetzesrevisionen, Berichte und Verpflichtungskredite allesamt genehmigt. Wir blicken zurück auf zwölf Jahre, während denen auf einen gewissenhaften Departementsvorsteher und Vertreter der Regierung immer Verlass war. Zwölf Jahre, in der dem Kanton ein authentischer, wissbegierig-eigenwilliger Denker zur Seite stand, der immer auch für einen Spass und Humor zu haben war.

Lieber Mario, ich danke dir für deinen unermüdlichen Einsatz zugunsten unseres Kantons und wünsche dir auch im Namen des Grossen Rat alles Gute für deinen weiteren privaten und beruflichen Lebensweg. *Applaus*.

Regierungsrat Cavigelli: Ich bedanke mich ganz herzlich für die sehr herzliche, wohlgemeinte Ehrung. Ich schätze diese natürlich sehr, kann sie allerdings auch richtig einordnen. *Heiterkeit*. Ich danke Ihnen für die angenehme Zusammenarbeit, die spannende Arbeit, die wir gemeinsam erfüllen durften als Grossrätinnen und Grossräte, als Departementsvorsteher. Ich danke indirekt auch allen, die vorher Grossrätinnen oder Grossräte waren, auch zum Teil noch Grossrätin und Grossrat waren, als ich selber Grossrat sein durfte. Ich danke natürlich aber auch allen Bündnerinnen und Bündnern für die Möglichkeit, diese Aufgabe als Vorsteher eines Departements ausgeführt haben zu dürfen. Ich habe das wirklich sehr, sehr gerne gemacht für den Kanton, für seine Regionen, auch für die Bevölkerung.

Es war mir immer wichtig, dass ich verstehe, wofür ich letztlich arbeiten darf und somit war der Austausch mit den Leuten, ich sage das ganz bewusst etwas platt, mit der Bevölkerung, war mir sehr wichtig. Es war mir wichtig, dass ich verstanden habe, was ein Gemeindepräsident, ein Gemeindevorstand, ein Quartierverein letztlich darunter versteht, was ein Kanton leisten sollte, und das hat mir immer Mehrwerte gebracht, jeder Austausch. Ich habe immer etwas gelernt, und ich hoffe, dass ich manches dann auch in die Arbeit habe einfliessen lassen können.

Ich danke aber natürlich auch meinen Regierungskollegen, den heutigen wie auch den früheren. Es war ja auch im Regierungskollegium nicht immer ganz einfach mit mir. Vielleicht habe ich dort die gleichen Schwächen gezeigt wie hier im Rat, vielleicht auch hin und wieder etwas Positives bewirken können. Ich habe jedenfalls hier im Rat, da ist es nicht so leicht möglich, den Spass wirklich auch zu pflegen, aber so ein bisschen durchflackern durfte es ja wohl doch, und das habe ich jedenfalls geniessen können. Im kleineren Gremium war das noch leichter möglich, und das hat mir wirklich auch sehr gefallen.

Ich hoffe, dass Sie als Grossrätin, als Grossrat, auch als Bündnerin und Bündner letztlich mit meiner Arbeit, die

ich verrichtet habe, insgesamt zufrieden sind. Ich habe vollen Einsatz gegeben, auch aus riesigem Interesse, weil die Aufgaben, die zum Infrastrukturdepartement gehören, wirklich auf mich, mindestens vom persönlichen Interessensbereich her, zugeschnitten waren.

Ich danke natürlich auch meiner Familie und ganz speziell danke ich meiner verstorbenen Frau Gudrun. Sie ist gerade heute vor acht Jahren gestorben und es ist also ihr Todestag, den wir heute begehen. Ich habe mit ihr eine gute Zeit gehabt. Wir haben verschiedene Herausforderungen gehabt. Wir haben viele Freuden gehabt, und letztlich war es auch nur dank ihr möglich, und unserer Gemeinschaft, die wir pflegen durften, dass ich dieses Amt habe ausüben dürfen für uns alle, und ich bin ihr wirklich sehr, sehr dankbar. Ich danke auch meinen Kindern natürlich, Fortunat und Lorenza. Sie sind das Juwel unserer Familie. Sie machen es aus, dass wir es schön haben, dass wir Freude haben am Leben, und ich danke auch meinen Eltern, die unsere Familie unterstützt haben, auch mich persönlich sehr unterstützt haben und die es möglich gemacht haben, unsere Kräfte auch einzusetzen für diesen Kanton, für dieses Departement und letztlich für die gemeinsame Sache. Und ich danke auch meiner heutigen Partnerin Denise. Ich habe, ich kann das kurz sagen, auch wieder Glück gehabt. *Heiterkeit*.

Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit als Grossrätin, als Grossrat, als Mitglied der höchsten Behörde unseres Kantons. Ich denke, Sie haben eine wunderbare Aufgabe. Ich habe selber auch eine schöne Aufgabe gehabt. Ich habe darauf hingewiesen, dass ich Freude gehabt habe daran. Und geniessen Sie es auch, Verantwortung zu übernehmen für den Kanton Graubünden, für unsere Regionen, für unsere Bevölkerung, und haben Sie dann auch manchmal den Mut, vielleicht aus Verantwortung einmal in der Sache und der Sache zuliebe dann, ich sage, richtig zu entscheiden und nicht nur unbedingt das zu entscheiden, was man gerne hört. Danke vielmals. *Applaus*.

Standespräsident Caviezel: Regierungsrat Dr. Christian Rathgeb war vom 1. März 2012 bis zum 31. Dezember 2018 Vorsteher des Departements für Justiz, Sicherheit und Gesundheit (DJSG) Am 1. Januar 2019 übernahm er das Departement für Finanzen und Gemeinden (DFG). In den Jahren 2016 und 2020 amtierte er als Regierungsräsident.

Bei seinem Start im Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit traf Christian Rathgeb einerseits auf Themen im Justiz und Sicherheitsbereich, die ihm als Rechtsanwalt und Oberst im Militär bereits vertraut waren und andererseits im Gesundheitsbereich auf Herausforderungen, die für ihn Neuland bedeuteten. Innert kurzer Zeit gelang es ihm, sich in die komplexe Welt des Gesundheitswesens einzuarbeiten, sich die notwendige Dossierkenntnis anzueignen und die Visionen für die Organisation und Entwicklung des Gesundheitswesens aufzuzeigen.

Verschiedene Gesetzesvorlagen und Auslegeordnungen in Form von Berichten zeugen vom konstruktiven, unermüdlichen Schaffen und Veränderungswillen von Christian Rathgeb. Als Justiz-, Sicherheits- und Gesundheitsvorsteher stand bereits am Anfang seiner Amtszeit

die Ausarbeitung eines modernen Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes auf der Agenda. Dabei wurden insbesondere die bisherigen rudimentären Regelungen im Zivilschutz und im Bevölkerungsschutz aufgearbeitet und eine klare der Aufgabenteilung zwischen den staatlichen Ebenen vorgenommen. Hier darf insbesondere die Regelung der Aufgaben der Gemeinden und des Kantons in der Vorsorge für besondere und ausserordentliche Lagen sowie bei der Bewältigung von besonderen und ausserordentlichen Lagen hervorgehoben werden. Die beiden Gesetze konnten schliesslich im 2016 in Kraft gesetzt werden. Die erste Bewährungsprobe liess denn auch nicht lange auf sich warten. Ungleich schwieriger wäre es nämlich geworden, wären bei Ausbruch der COVID-19-Pandemie im März 2020 diese gesetzlichen Grundlagen nicht zur Verfügung gestanden.

Heimisch gefühlt hat sich Christian Rathgeb – als historisch und verfassungsrechtlich interessierten Juristen – im Geschäft zur Teilrevisionen des Gerichtsorganisationsgesetzes als Folge der Gebietsreform aus dem Jahr 2016. Damit wurde die Zivil- und die Strafgerichtsbarkeit künftig den Regionalgerichten als untere Gerichte übertragen und die Regionen anstelle der Bezirke als Gerichtssprengel für die Regionalgerichte bestimmt. Christian Rathgeb setzte auch für eine weitere Justizvorlage die erst jüngst ins Ziel geführt werden konnte – die Justizreform 3 – den Grundstein. Auch sei noch die Totalrevision des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes erwähnt, mit der das kantonale Recht an das neue Bundesrecht angepasst wurde und in der Praxis erkennbar gewordene Lücken geschlossen werden konnten.

Unverkennbar die Handschrift von Christian Rathgeb trug der Bericht Polizei Graubünden 2015plus. Intensiv setzte er sich dabei mit der Frage auseinander, die ihn bereits als Grossrat umgetrieben hat: mit welchen polizeilichen Organisationsstrukturen kann die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Kanton Graubünden am besten gewährleistet werden? Folge des Berichts waren einerseits die Stärkung der polizeilichen Regionalstrukturen sowie eine Teilrevision des Polizeigesetzes. Mit derselben Teilrevision wurde bspw. auch die personenbezogene Überwachung des öffentlichen und öffentlich zugänglichen Raums neu geregelt.

Im Justizvollzugsbereich erlangte der Neubau der geschlossenen Justizvollzugsanstalt Cazis/Tignez und damit die Ablösung des in die Jahre gekommenen Sennhofs kantonsübergreifende Bedeutung. Christian Rathgeb zeichnete nicht nur für die Botschaft der Regierung betreffend Neubau mitverantwortlich, sondern verantwortete darüber hinaus die Überführung des Betriebs des Sennhofs in die wesentlich mehr Plätze und wesentlich mehr Mitarbeitenden benötigende neue Justizvollzugsanstalt sowie die Verhandlungen mit den Kantonen des Ostschweizer Strafvollzugskonkordats.

Eine weitere grosse Aufgabe stellte sich Christian Rathgeb als in Europa 2015/2016 die Flüchtlingskrise zu einem starken Anstieg Asylsuchender und damit auch zu steigenden Zahlen bei den Zugewiesenen an die Kantone führte. Die Lösung der Unterbringungsprobleme konnte im Kanton nur mit vereinten Kräften bewältigt werden. Die Überzeugungsarbeit vor Ort in den Standortgemeinden der Asylzentren gelang Christian Rathgeb hervorragen-

gend und trug massgeblich zur guten Bewältigung der Situation bei.

Auch im Gesundheitsbereich machte Christian Rathgeb schnell Nägel mit Köpfen. Mit dem Leitbild zur Organisation der Gesundheitsversorgung hat er bereits im 2013 Pflöcke eingeschlagen, die zur Konsolidierung der Player im Gesundheitsbereich und sukzessive zu bedürfnisgerechter, dezentralen Gesundheitsversorgung führten. Mit den Anbietern der Gesundheitsversorgung pflegte er einen regelmässigen und guten Austausch. Ihm war wichtig, dass nicht nur die Zentren über gute Angebote der Gesundheitsversorgung verfügen, sondern auch peripher gelegene Ort im Kanton eine angemessene Anlaufstelle haben. Unter der Leitung von Christian Rathgeb kam es sodann zu einer Totalrevision des Gesundheitsgesetzes. Gestützt auf einen Bericht des Spital- und Pflegefinanzierung überprüften; das Ergebnis fand im Gesetzes über die Förderung der Krankenpflege und der Betreuung von betagten und pflegebedürftigen Personen seinen Niederschlag.

Nicht minder aktiv war Christian Rathgeb seit 2019 als Vorsteher des Departements für Finanzen und Gemeinden. Er schaffte es, sowohl die Revision des Pensionskassengesetzes als auch jene des Personalgesetzes erfolgreich ins Ziel zu bringen. Beide «heissen Eisen» hat er mit seiner ausgeprägten und ansteckenden Leidenschaft angepackt. Nicht zuletzt dank seiner sachlichen Überzeugungskraft konnte ein längerer und belastender Reformstau gelöst werden. Die Anstellungsbedingungen für alle dem kantonalen Personalrecht unterstellten Mitarbeitenden konnten so verbessert und mit einer marktgerechten Vorsorgelösung abgerundet werden.

Auch diverse Vermählungen hat Christian Rathgeb vornehmen können: während seiner Amtszeit im DFG fusionierten die Gemeinden Chur-Maladers und Chur-Haldenstein sowie die Gemeinden am Schamserberg zur Gemeinde Muntogna da Schons.

«...und jährlich grüsst das Murmeltier»; so wurde Christian Rathgeb von alt-Grossrat Conradin Caviezel jeweils bei der Behandlung der Jahresrechnung auf den Umstand «rotes Budget – schwarze Rechnung» angesprochen. Die Präsentationen von vier Budgets gingen jeweils mit den gebetsmühlenartigen Hinweisen auf sich verdunkelnde Finanzperspektiven resp. dem Aufzug von dunklen Wolken einher. Wie wir gehört haben, muss leider angenommen werden, dass in den nächsten Jahren wohl effektiv dunkle Wolken am Himmel aufziehen werden. Während der Amtszeit von Christian Rathgeb blieb der Himmel allerdings strahlend blau und nicht einmal die Corona-Krise, die Flüchtlings-Krise und die Energiepreiskrise konnten dem nach wie vor grundsoliden Kantonshaushalt etwas anhaben.

Unabhängig davon welchem Departement er vorstand, war Christian Rathgeb die Vernetzung im interkantonalen, nationalen und sogar internationalen Bereich ein ausserordentlich wichtiges Anliegen. Er engagierte sich dafür stark in verschiedenen Positionen – bspw. als Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), als Präsident der Ostschweizer Justiz- und Polizeidirektoren (OJPD) oder in der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Militär (RK MZP) sowie verschiedenen

Fachdirektorenkonferenzen und machte sich dabei weit über die Kantonsgrenzen hinaus einen Namen. Dabei blieb er überzeugter Föderalist. International setzte er sich vor allem in der Konferenz der Regierungschefs der ARGE ALP für die Förderung der Zusammenarbeit im Alpenraum ein. Er hat dabei unseren Interessen im grenznahen Ausland Gehör verschafft, so dass die Potenziale der Berggebiete besser genutzt werden können. Christian Rathgeb hat während seiner knapp elfjährigen Amtszeit in zwei Departementen und verschiedensten Politikbereichen Schwerpunkte gesetzt, Wege aufgezeigt und prägende Spuren hinterlassen. Von der Sache überzeugt und argumentativ stark, waren seine Vorlagen und Projekte in guten Händen und konnten stets erfolgreich ins Ziel geführt werden. Als Brückenbauer über die Kantonsgrenzen hinweg konnte Christian viel bewegen und wird allenthalben als dynamischer und engagierter Vertreter des Kantons Graubünden in bester Erinnerung bleiben.

Lieber Christian, ich danke dir für deinen unermüdlichen Einsatz zugunsten des Kantons Graubünden und wünsche dir auch im Namen des Grossen Rates alles Gute für deinen weiteren beruflichen Lebensweg. Alles Gute, Christian. *Applaus.*

Regierungsrat Rathgeb: Wir sollten noch den Auftrag Hohl behandeln. *Heiterkeit.* Nein, ich möchte Ihnen zuerst, sehr geehrter Herr Landespräsident, für Ihre sehr lebenswürdigen Worte und Ihre Würdigung ganz, ganz herzlich danken und Ihnen natürlich ganz besonders auch für diese grosse Ehrerbietung ganz, ganz herzlichen Dank. Also, wir sind noch im Amt bis 31.12.2022, aber ich habe sie genossen, Ihre Verabschiedung. Ganz, ganz herzlichen Dank.

Ich möchte Ihnen, geschätzte Damen und Herren Grossrätinnen und Grossräte, für die kollegiale, für die sachliche, für die konstruktive Zusammenarbeit, Ihr Vertrauen ganz herzlichst danken. Es war immer ein Höhepunkt in unserer Tätigkeit, mit Ihnen zusammen Weichen zu stellen, Diskussionen zu führen. Ob Sie mich dann als Murmeltier oder wie auch immer bezeichnet haben, spielt keine Rolle, aber die Diskussionen hier mit Ihnen bleiben mir in allerbesten Erinnerung und ich hatte immer das Gefühl, dass wir zusammen den besten Weg für unseren Kanton und unsere Bevölkerung suchen. Ganz, ganz herzlichen Dank Ihnen allen.

Ich möchte auch den Medienschaffenden ganz herzlich danken für die wertvolle Arbeit, die Sie zugunsten unserer Bevölkerung jeweils nach unseren Debatten und Diskussionen geleistet haben. Ich möchte meinen Regierungskollegen und dem Herrn Kanzleidirektor ganz herzlich für die kollegiale Zusammenarbeit danken. Ich möchte meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, allen in der kantonalen Verwaltung, aber natürlich im Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit und im Departement für Finanzen und Gemeinden ganz herzlich danken, und ich freue mich natürlich riesig, dass meine engsten Mitarbeitenden aus dem Generalsekretariat des DFG und meine Amtschefs und der Direktor der PKGR heute hier auf der Tribüne sind. Das ehrt mich sehr. Ganz herzlichen Dank.

Tragen Sie Sorge zu unseren rund 4000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die täglich ihr Bestes geben für uns schlussendlich hier, für die Exekutive, für die Legislative und zugunsten unserer Bevölkerung.

Ich möchte natürlich auch unserer Bevölkerung ganz herzlich danken, die immer wieder Ja zu unseren Vorlagen gesagt hat. Das letzte Mal sehr deutlich auch zum neuen Wahlgesetz. Und ich möchte natürlich meiner Familie ganz herzlich danken. Ich freue mich, dass meine liebe Frau Monika, unser Sohn Yannik, meine Mutter, der Vater wird am Livestream sein, und einen solchen, oder vielleicht auch einmal wie früher, einen solchen schicken. Sie mussten viel aushalten mit mir, aber immer zum Wohle des Kantons. *Heiterkeit.*

Geschätzte Damen und Herren, wenn ich das letzte Mal die Möglichkeit habe, zu Ihnen sprechen zu dürfen, dann erlauben Sie mir noch drei ganz kleine Punkte, die mir wichtig sind: Das ist unsere politische Kultur. Wir prägen in diesem Saal die politische Kultur im Kanton Graubünden. Wir haben eine konstruktive Kultur, wir haben eine sachliche Kultur im Kanton Graubünden, über die wir auch immer wieder einmal in einem anderen Kanton beneidet werden, die geprägt ist vom Engagement von links bis rechts für die Sache. Wir fighten hart, aber immer mit Respekt und mit Wertschätzung gegenüber demjenigen, der vielleicht auf der anderen Seite des Saals oder hier vorne oder irgendwo anders sitzt. Pflegen Sie diese Kultur. Es ist eine grosse Stärke. Wenn wir schauen, wie wir durch die Pandemie gekommen sind mit einem Runden Tisch mit der Wirtschaft, mit privaten Interessenvertretungen, mit der Politik Hand in Hand gemeinsame Wege gesucht haben. Das ist Ausdruck der politischen Kultur des Kantons Graubünden.

Der zweite Punkt, darf nicht fehlen, das ist der Föderalismus. Das beste Staatsorganisationsprinzip, das es weltweit gibt in Kombination mit den demokratischen Grundsätzen. Pflegen Sie es. Tragen Sie Sorge dazu. Wir haben bewiesen, dass es krisentauglich ist, aber es ist ein Staatssystem, das ein Aggregatzustand hat, der flüchtig ist, der immer wieder modelliert werden muss, für den man sich wieder einsetzen muss und den man immer wieder weiterentwickeln muss. Aber gerade die heutige Zeit zeigt nahe in Europa, dass es andere Systeme gibt, die immer schlecht herauskommen. Pflegen wir den föderalen Staat. Ich danke Ihnen dafür. Pflegen wir die starken Gemeinden, die dazugehören, einen Kanton, dem es dank dem föderalen System ermöglicht, die peripheren Räume, die Sprachkulturen, einzubeziehen. Aber setzen wir uns auch im Bundesstaat, im Bund, dafür ein, dass diese Kompetenzverteilung bleibt und dass sie weiterhin als Erfolgsrezept für unser Land gilt.

Und das Dritte ist mir natürlich in der aktuellen Funktion wichtig: Pflegen wir die nationale Solidarität. Wir holen das Beste heraus, das ist klar für uns, da gehen wir nicht näher in die Details, weil die Kameras laufen. Das ist gut so, das machen wir. Aber pflegen wir die interkantonale Solidarität im Bundesstaat. Wir geben viel, wir arbeiten mit, wir wirken mit, wir prägen unser Land mit und wir beziehen dann wieder Mittel über den Finanzausgleich. Aber es muss eine Waage sein. Es muss ein Gleichgewicht sein in unserem Land, und da haben wir Herausforderungen für die Zukunft. Es war immer wieder sehr

wertvoll zu spüren, dass wir auch gerade hier drin, Sie, der Grosse Rat und die Regierung, auch in Bezug auf Themen im interkantonalen Verhältnis am gleichen Strick in die gleiche Richtung gezogen haben.

Ich wünsche Ihnen allen von Herzen alles Gute, natürlich für Ihre politische Tätigkeit, ich wünsche Ihnen aber auch persönlich, Ihren Angehörigen, gute Gesundheit, alles Gute. In diesem Sinne ganz, ganz herzlichen Dank. Grazie mille, engrazieli fetg. *Applaus.*

Standespräsident Caviezel: Ich möchte Ihnen noch eine Übersicht über die Vorstösse geben, die in dieser Session eingereicht wurden: Kommissionsauftrag KGS betreffend Überprüfung der Beiträge von Kantonen und Gemeinden an öffentliche Spitäler für gemeinwirtschaftliche Leistungen, Erstunterzeichner: Grossrat Loepfe. Auftrag Kappeler betreffend Beschleunigung des AGD Etappe II. Auftrag Hartmann betreffend Neuregelung der Förderpraxis für energieeffiziente Wärmepumpensysteme. Auftrag Degiacomi betreffend Stärkung der ambulanten Pflege und Betreuung. Auftrag Mazzetta betreffend Aktionsplan für Elektroheizungen bis 2030. Auftrag Kocher betreffend Beschleunigung der Ortsplanungsrevisionen. Anfrage Gartmann-Albin betreffend Integration von Menschen mit einer Autismusstörung. Anfrage Kappeler betreffend Beschleunigung des Entscheids zur aufschiebenden Wirkung im Submissionsverfahren. Auftrag Rodigari betreffend Abschlüsse erstmaliger beruflicher Ausbildung auf Sekundarstufe II. Fraktionsanfrage SVP betreffend Kosten, Zahlen und Fakten bezüglich Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Kanton, Erstunterzeichner Salis. Anfrage Claus betreffend Fehlende Schulplätze für Kinder mit besonderen Bedürfnissen - Wenn die Integration an ihre Grenzen stösst. Anfrage Dietrich betreffend Personal- und Platzmangel im hochschwelligeren Förderbereich. Anfrage Gort betreffend Parkplätze entlang der Kantonsstrassen. Anfrage Roffler betreffend Wohnbauförderung im Bergegebiet. Anfrage Cramerli betreffend Umsetzung der Lärmschutzverordnung. Interpellanza Righetti concernente eventi non autorizzati. Anfrage Collenberg betreffend Jugendliche und Politik. Anfrage Luzio betreffend Entschädigung auszuscheidender Bauflächen infolge der Raumplanungsrevision. Anfrage Brunold betreffend kantonale Strategie für Photovoltaik-Grossanlagen.

Das, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sind 19 Vorstösse. Aus dieser Session nehmen wir noch 14 Vorstösse mit, d. h. wir haben für die Februarsession insgesamt 33 Vorstösse zu behandeln. Das ist doch eine stattliche Reserve. Ich bin nicht sicher, ob wir dann das auch wirklich alles abzuarbeiten bekommen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, somit sind wir am Ende dieser Session angelangt. Viele Geschäfte wurden beraten, ein schönes Pensum wurde abgearbeitet, viele Überlegungen und Ideen wurden ausgetauscht, um Entscheidungen gerungen. Für die gute Zusammenarbeit und Ihr Engagement danke ich Ihnen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, ganz herzlich. Es ist mir ein Vergnügen, den Grossen Rat bei seiner sachorientierten und parteiübergreifenden Arbeit zu leiten, vielleicht mit kleinen Ausnahmen. Sie haben sich entschieden, als

Grossrätin, als Grossrat, Verantwortung zu übernehmen, für Ihre Überzeugungen einzustehen und sind bereit, viel Zeit, viele Gedanken und einige auch viel Herz für das Gemeinwohl zu investieren. Das ist keine Selbstverständlichkeit und ich möchte Ihnen dies auch in gebührender Weise verdanken.

Mein aufrichtiger Dank geht auch an das Ratssekretariat, namentlich an Patrick Barandun, an Gian-Reto Meier sowie an Corina Feltscher und Christine Bürkli. Sie unterstützen mich immer wieder auf eine unkomplizierte Art und Weise bei den Vorbereitungsarbeiten auf die Sessionen. Für unsere Sicherheit waren im Hintergrund, aber sehr wichtig, Polizistinnen und Polizisten besorgt. Und der Hausdienst, namentlich Andrea Monigatti, stellte sicher, dass wir uns hier wohlfühlen. Ihnen allen gebührt unser herzlicher Dank. Danken möchte ich an dieser Stelle auch den Medienschaffenden für ihre Berichterstattung. Sie tragen mit ihren Berichten und Kommentaren die erfolgreichen und ab und zu auch die weniger erfolgreichen Arbeiten von uns Grossrätinnen und Grossräten nach aussen, informieren die Bevölkerung über das Geschehen in diesem Haus. Und zu guter Letzt geht mein Dank an die Herren Regierungsräte. Ihnen wünsche ich eine überlegte und wenn nötig glückliche Hand, einen kühlen Kopf und viel Kraft und Energie bei der Bewältigung der anstehenden Herausforderung.

Bevor ich schliesse, wünsche ich Ihnen allen von Herzen eine schöne und besinnliche Adventszeit, gesegnete Weihnachtstage und einen schwungvollen Übergang in ein glückliches neues Jahr. Bleiben Sie gesund, achten Sie auf sich und Ihre Liebsten. Die Session ist geschlossen. *Applaus.*

Schluss der Sitzung: 17.35 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

- Kommissionsauftrag KGS betreffend Überprüfung der Beiträge von Kanton und Gemeinden an öffentliche Spitäler für gemeinwirtschaftliche Leistungen (Erstunterzeichner Loepfe)
- Auftrag Kappeler betreffend Beschleunigung des AGD Etappe II
- Auftrag Hartmann betreffend Neuregelung der Förderpraxis für energieeffiziente Wärmepumpensysteme
- Auftrag Degiacomi betreffend Stärkung der ambulanten Pflege und Betreuung
- Auftrag Mazzetta betreffend Aktionsplan für Elektroheizungen bis 2030
- Auftrag Kocher betreffend Beschleunigung der Ortsplanungsrevisionen
- Anfrage Gartmann-Albin betreffend Integration von Menschen mit einer Autismus-Störung

- Anfrage Kappeler betreffend Beschleunigung des Entscheids zur aufschiebenden Wirkung in Submissionsverfahren
 - Anfrage Rodigari betreffend Abschlüsse erstmaliger beruflicher Ausbildung auf Sekundarstufe II
 - Fraktionsanfrage SVP betreffend Kosten, Zahlen und Fakten bezüglich Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Kanton (Erstunterzeichner Salis)
 - Anfrage Claus betreffend fehlende Schulplätze für Kinder mit besonderen Bedürfnissen: Wenn die Integration an ihre Grenzen stösst!
 - Anfrage Dietrich betreffend Personal- und Platzmangel im hochschwelligeren Förderbereich
 - Anfrage Gort betreffend Parkplätze entlang der Kantonsstrassen
 - Anfrage Roffler betreffend Wohnbauförderung im Berggebiet
 - Anfrage Cramerli betreffend Umsetzung der Lärmschutz-Verordnung
- Interpellanza Righetti concernente eventi non autorizzati
 - Anfrage Collenberg betreffend Jugendliche und Politik
 - Anfrage Luzio betreffend Entschädigung auszuscheidender Bauflächen in Folge der Raumplanungsrevision
 - Anfrage Brunold betreffend kantonale Strategie für Photovoltaik-Grossanlagen

Für die Genehmigung des Protokolls
durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Tarzisius Caviezel

Der Protokollführer: Patrick Barandun

Die Redaktionskommission

hat an ihrer Sitzung vom 9. Januar 2023 gemäss Artikel 35 Absatz 3 und Artikel 36 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Grossen Rats die Sitzungsprotokolle der Dezembersession 2022 geprüft, redaktionell bereinigt und genehmigt. Ebenso wurden die im Anhang zu den Beschlussprotokollen enthaltenen, definitiv verabschiedeten Erlasse und Beschlüsse redaktionell bereinigt.